

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Post.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepatene Kolonial-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Werbungs- und Versammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition
ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
vormittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 3. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Partikularistische Strömungen.

Die in ihrer Eigenartigkeit halb ernste, halb komische
Diskussion über das Thema „Reichsverdroffenheit“, die sich
vorige Woche in der bürgerlichen Presse entsponnen hat, scheint
auch in dieser Woche noch nicht zur Ruhe kommen zu sollen.

Die ausschlaggebende Rolle, die das preussische Junker-
thum seit einiger Zeit wieder in der Reichspolitik spielt, die
entgegenkommende Berücksichtigung seiner Wünsche seitens der
Regierung haben in Süddeutschland, und zwar gerade in den sog.
besseren Elementen, einen gewissen Bessimismus erzeugt, der zu
der Freude, mit der man einst auch in jenen Kreisen die
Gründung des Deutschen Reiches begrüßte, recht merklich
kontrastiert.

Von allen solchen schönen Erwartungen auf eine freie,
moderne bürgerliche Ausgestaltung des deutschen Verfassungs-
und Wirtschaftslebens ist herzlich wenig eingetroffen. Hatte
man nach dem Kriege gehofft, durch das Zusammenschließen der
liberalen Elemente im Westen und Süden des Reiches
den übergroßen Einfluß des „altkonservativen Adels
und der Latifundienbesitzer brechen zu können, so
hat umgekehrt die Entwicklung gerade immermehr dahin
geführt, daß der ostelbische Grundadel und die von ihm ab-
hängige Bureaucratie zum mächtigsten politischen Faktor im
neuen Reich geworden sind, der sich den kulturell weit höher
stehenden Westen und Süden durch ein ausgedehntes System
von Steuervergünstigungen, Einfuhrverboten und Liebesgaben
tributpflichtig gemacht hat.

Damals stand alles im Blüthenstaub
Und die Sonnenlichter lachten,
Die Vögel sangen sehnsuchtsvoll
Und die Menschen hofften und dachten —
Sie dachten: Die mögere Ritterchaft
Wird bald von himen reifen,
Und der Abschiedstrunk wird ihnen kredenzet
Aus langen Flaschen von Eisen!
Ach Gott! die Ritter sind immer noch hier,
Und manche dieser Gänse,
Die einst sich duckten im deutschen Land,
Die haben jetzt die Gänse.

Kein besseres Zeugniß für den Qualitätsverth der
heutigen Reichsherrschaft giebt es, als daß gerade die ideale
„Kreuz-Zeitung“ und ihre jugendlichere gleichgesinnte Schwester,
die „Deutsche Tageszeitung“ sich zu beruflichen Ver-
theidigerinnen des Reichsgedankens im heutigen Streit auf-
geworfen haben. — Sie, die Repräsentantinnen jener würdigen
branntweinbrennenden Spezies der preussischen Epigonen des
Don Quixote, die in den sechziger Jahren nicht verächtlich
genug über den Einheitsgedanken und die Bestrebungen
des Nationalvereins zu spotten wußten, — sie die
allerwegen die „altpreussischen Traditionen“, das heißt
die Erhaltung der rechtlichen und wirtschaftlichen rüd-

ständigen Verhältnisse des Ostens als das theuerste
Vermächtniß betrachtet haben. Besser als lange Erklärungen
beweist dieses Eintreten der Verfechter des einseitigsten preußi-
schen Partikularismus, wer bei dem wirtschaftspolitischen
Kurs, den das deutsche Reichsschiff gegenwärtig steuert, am
meisten seine Rechnung findet.

Es ist unter diesen Umständen nur allzu begreiflich, daß
sich gewisser Schichten des süddeutschen Bürgerthums eine
Gleichgiltigkeit gegen die Reichsinstitutionen bemächtigt hat und
man zu versuchen beginnt, die bürgerlichen Forderungen, die man
im Reich nicht durchzusetzen vermag, wenigstens theilweise in
anderer Form in den Einzel-Landtagen durchzubringen. Aber
das ist ein Ausweg, der manches Bedenkliche hat, da er leicht
im weiteren Verlauf der Bewegung dazu führen kann, das
Interesse für die im deutschen Reichstag geführten Kämpfe
immer weiter herabzudrücken, und zudem möglicherweise auch
in den kleineren Staaten zu ähnlichen Versuchen anreizt, wie
sie im größeren Preußen bereits unter der Regide des Junker-
thums unternommen worden sind, — nämlich auf Umwegen
die Kompetenzen der Landtage gegenüber dem Reichstag zu
erweitern.

Mit diesen nicht erst seit gestern vorhandenen partikula-
ristischen Strömungen als mit einem bedeutsamen politischen
Faktor rechnen zu wollen, wäre indeß verfehlt und noch
weniger kann von einem Partiren mit ihnen die Rede sein.
Dazu ist, abgesehen von allen anderen politischen Gründen,
die Bewegung in sich selbst viel zu unklar und rückständig.
Eine größere Anzahl wirklich freisinniger Elemente vereinigen
sie vielleicht nur in Württemberg; durchweg ist sie nicht nur
mit einer guten Dosis kleinstaatlicher Lokalborntheit,
sondern selbst mit allerlei philtistronen, Kleinbürgerlichen
Preventionen für die „angestammten“ Fürstenthümer
gepaart. Ueberhaupt ist der Partikularismus vor-
wiegend klein- und mittelbürgerlicher Natur. Die Groß-
bourgeoisie hat, wenn sie auch nicht ganz mit der heutigen
Lage einverstanden ist, auf der Grundlage des du ut des mit
dem Junkerthum seinen Frieden geschlossen. Sie bewilligt
ihm landwirtschaftliche Zölle und erkennt sein Vorrecht auf
alle höheren Stellen im Militär- und Verwaltungsdienst an;
dafür tritt als Gegenleistung das Junkerthum für industrielle
Schutzzölle, Kolonien, Dampferubventionen und für die
kommende Weltpolitik ein. Charakteristisch ist in dieser Hin-
sicht die Haltung, die der „Hannoversche Courier“ gleich
zu Anfang in der Reichsverdroffenheits-Diskussion ein-
genommen hat. „Wir selbst sind weit davon entfernt“,
sagt er, „an unseren Zuständen und auch an der Haltung der
Regierung alles gut zu finden; aber die Thatsache, daß der
Eine in diesem, der Andere in jenem Punkte unzufrieden ist,
genügt doch nicht als Unterlage für ein allgemeines Ver-
dammungsurtheil. Freilich, wer etwa in der sozialdemokra-
tischen Presse den kompetenten Gradmesser der öffentlichen
Meinung Deutschlands erblicken wollte, der bedarf weiter
keines Beweises. So weit sind wir indeß noch nicht; es giebt
immer noch eine erkleckliche Anzahl Leute in Deutschland, die
sich nicht entschließen mögen, vor der Umsturzpartei einwilligen
intellektuell und moralisch, später physisch zu kapituliren...
Was bleibt aber, bei Licht besehen, an großen und
allgemeinen Beschwerdepunkten übrig, wenn man das sozial-
demokratische Querelenregister mit allem, was drum und dran
hängt, abzieht?“

Im Grunde genommen handelt es sich also nur um
sozialdemokratische „Querelen“. Zieht man diese ab, bleibt
nichts von Bedeutung nach, über das ein erwerbsliebendes
Bourgeoisemüth sich erheben könnte. Was wollen wir auch;
wächst Deutschlands Großindustrie nicht beständig, steigt nicht
sein Außenhandel von Jahr zu Jahr, haben wir nicht Kolonien?
Wohl mögen sich manche Erwartungen nicht erfüllt haben,
die einst bei der Gründung des Reiches gehegt worden sind;
aber das ist Nebenache, Hauptsache dagegen ist, daß
die Bourgeoisie eine reale, d. h. materielle Grundlage für ihre
Entfaltung gewonnen hat.

Und denselben Faden spinnen die „Hamburger Nach-
richten“, das Organ jenes bismarckischen Theils der Ham-
burger Großkaufmannschaft, dem die Haltung des „Hamburg.
Correspondenten“ in der Kolonialfrage zu flau ist:

„Der Blick unseres Volkes sollte sich von dem Streit um
Lappalien oder um Parteigegegensätze abwenden und sich daran
gewöhnen, die großen Ziele mehr als bisher ins Auge zu
fassen, die in der Richtung liegen, die wir zu bezeichnen ver-
suchen haben.“

Und diese großen Ziele bestehen in der Aneignung von
Kolonien:

„Auch dem kurzichtigsten Politiker muß zweierlei klar ge-
worden sein: erstens, daß wir, um zur vollen Entfaltung
unserer nationalen Kraft zu gelangen, einer Expansion be-
dürfen, die in Europa nicht zu bewerkstelligen ist und mithin
im überseeischen Auslande stattfinden muß, und zweitens,
daß wenn wir nicht schleunigst und mit aller Entschiedenheit
Anstalten treffen, uns diese Expansionsmöglichkeit zu sichern,
entweder verzichtend oder das Veräumte mit unerhörten Opfern
an Gut und Blut nachholen müssen.“

Das ist unsere über die materielle Gesinnung der deutschen
Arbeiter jammernde Großbourgeoisie, wie sie leibt und lebt.
Die „realpolitischen Lehren“ der Bismarckischen Schule sind
nicht ohne bildenden Einfluß auf ihre schöne Seele geblieben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember.

Gegen den Anarchismus.

In Rom stecken die Vertreter der europäischen Staaten
die diplomatischen politischen Köpfe zusammen, um neue
Maßregeln gegen anarchistische Verbrechen zu erfinden. Die
Lächerlichkeit und Ausichtslosigkeit dieses Beginns liegt auf
der Hand. Selbst wenn freiere Staaten, insbesondere Eng-
land, nicht ablehnen würden, Europa in einen einzigen großen
Jagdgrund für polizeiliche Gekluft gegen politisch anrüchige
Männer zu verwandeln, — würde keine noch so brutale Ver-
schärfung der brutalen internationalen Polizeiherrschaft etwas
gegen Unthaten anrichten, die da erwachsen aus den furcht-
baren sozialen Nothständen, aus den Verbrechen des Kapitalismus
gegen die Arbeitenden und Armen.

Es gilt aber nicht nur, die Ausichtslosigkeit der Polizei-
bemühungen zu zeigen, es gilt Wege zu weisen, wie der ver-
brecherische Anarchismus, der wahrlich glaubt, durch Er-
mordung des Einzelnen, Unschuldigen, Besserung der sozialen
Noth schaffen zu können, zu beseitigen ist.

Diese positive Bewegung haben unsere Parteig-
enossen im österreichischen Reichsrath mit der ihnen
eigenen begeisterungsstarken Initiative bereits unternommen.
Sie haben bei ihrer Regierung die Einberufung einer
internationalen Arbeiterschuh-Konferenz
beantragt. Ihre sehr bemerkenswerthe Interpellation spricht
sich also aus:

Die Bedingungen für die anarchistisch-terroristische Be-
wegung sind eben nicht nur in den ungeordneten sozialen und
politischen Verhältnissen und in der daraus entspringenden all-
gemeinen geistigen Verfaultheit zu suchen, die sich in manchem
Individuum zu einem wahnsinnigen Hass und zur Unlust am
Leben steigert, sondern ferner auch darin, daß einzelne Polizei-
beamten unter dem Vorwande der Ueberwachung der anarchistischen
Elemente moralisch herabgekommene Individuen unterhalten,
Polizeigenossen, die selbst die anarchistische und terroristische Be-
wegung pflegen und im Gange halten, um zu beweisen, daß sie
ihren Gehalt nicht umsonst bekommen, und die dann geeignet ver-
anlaßte Individuen mißbrauchen, um den hochgestellten Polizei-
organen die Möglichkeit zu verschaffen, sich als um die öffentliche
Sicherheit besonders verdiente und unentbehrliche Personen auf-
zuwiehlen, schließlich um den Regierungspolitiken die Handhabe
zur Beschränkung der persönlichen und politischen Rechte und zur
Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu liefern.

Der anarchistische Terrorismus wird am wenigsten Boden
finden in Staaten, die alles aufbieten, um die breiten arbeitenden
Massen der Segnungen der Kultur theilhaftig werden zu lassen,
wenn ihr materielles Elend gelindert, das Maß ihrer Ausbeutung
eingeschränkt, ihre politische und soziale Bewegungsfreiheit
gewährleistet und so die Vorbedingung dafür geschaffen wird,
daß die wilde Verzweiflung weicht und an ihrer Stelle Selbst-
vertrauen, Stolz, Liebe zum Leben und Kraftgefühl Wurzel fassen.

Dazu ist aber der erste, notwendigste und dringendste
Schritt, daß die Regierungen nicht nur im Gebiete des eigenen
Landes, sondern darüber hinaus in internationalem
Rahmen Maßregeln anstreben, die die Ausbeutung der Arbeiter-
klasse durch präzise gesetzliche Bestimmungen ein-
schränken, die vor allem die wichtigsten Lebensbedingungen:
Arbeitszeit und Arbeitslohn, zum Gegenstande haben.

Ueber die Nothwendigkeit internationaler Arbeiterschuh-Gesetze
hat sich nicht nur längst die Klassenbewusste Arbeiterchaft aller
Länder klar geäußert, sondern auch die Männer der Wissenschaft
lassen darüber keinen Zweifel, und selbst intelligenteste Unternehmer
geben sie zu. Angesichts dieses Sachverhalts fragen die Unter-
zeichneten das I. I. Gesamtministerium:

I. Ist die Regierung gewillt, den eventuell wiederholten
Versuch des Schweizerischen Bundesrathes, der das erste Mal
an dem Unverständnis der europäischen Regierungen scheiterte,
eine internationale Arbeiterschuhkonferenz einzuberufen, thät-
kräftig zu fördern?

II. Ist sie bereit, falls ein solcher Versuch von schweizer-
ischer Seite nicht erfolgen sollte, selbst die thätkräftige
Initiative dazu zu ergreifen?

III. Ist die Regierung ferner bereit, auf die Tages-
ordnung dieser Konferenz alle Beschlüsse des Internationalen
Zürcher Arbeiterschuh-Kongresses vom Jahre 1897 zu stellen
und vor allem auf die internationale gesetzliche Fest-
legung der Arbeitsstunden für Ver-
arbeiter und eines entsprechenden Maximal-
Arbeitstages für alle Arbeiter der In-
dustrie, des Handels und des Transports zu
dringen?

Unsere österreichischen Parteigenossen täuschen sich keines-
wegs über das sozialpolitische Verhältniß und den guten
Willen ihrer Regierung. Sie wissen, welche Aufnahme ihre
Interpellation finden wird bei den „Staatsmännern“, deren
Aufgabe es ist, am Feuer des Nationalitätenhaders kapita-
listische Suppe zu kochen. Unsere Freunde beabsichtigen durch
ihre Interpellation die Gewissen zu schärfen, ein flammendes,
warnendes Neue Tadel an die Wand des kapitalistischen
Staatsbaues zu schreiben. —

Die Militärvorlage

Wie jetzt gemeldet wird, übersteigt die neue Militär-
vorlage alles, was bisher davon erwartet und befürchtet
wurde. Sie wird, so vernimmt man nunmehr, im ganzen
etwa

28 Millionen an dauernden Ausgaben

verursachen. Der auf Preußen entfallende Theil soll etwa
20 Millionen betragen, auf Sachsen kommen 4, auf Bayern 3,
auf Württemberg 1/4 Million.

Für 1899 dürfte nur etwa der vierte Theil angelegt, der Rest auf die folgenden vier Jahre vertheilt werden.

Obwohl von den einmaligen Ausgaben, die für die vier Kontingente zusammen sich auf etwa 133 Millionen belaufen, zunächst nur etwa der dritte Theil in Ansatz gebracht werden.

Die „Freiwillige Leistung“ bemerkt hierzu:

Alles, was in den letzten Tagen verlautbar, bezog sich doch nur auf diejenige Heeresvermehrung, welche im Jahre 1899 ausgeführt werden sollte. Es mochten dies etwa 14-16 000 Mann sein. Nun erfahren wir aber, daß fortgesetzt weitere Heeresvermehrungen 1900, 1901, 1902 und 1903 vorgenommen werden sollen, durch welche schließlich die fortdauernden Militäransgaben eine Erhöhung um 28 Millionen Mark erfahren werden. Das ist eine Summe zwei Drittel so groß wie diejenige Heeresvermehrung, welche vor fünf Jahren stattfand. Auf alle diese Verstärkungen zukünftiger Jahre soll jetzt schon der Reichstag festgelegt werden, ähnlich wie das Flottengesetz im vorigen Jahre auch die Erweiterung der Flotte für mehrere Jahre im voraus festgelegt hat. Offenbar handelt es sich nach vorstehendem um eine Vermehrung nicht nur der Infanterie und der Artillerie, sondern auch der Kavallerie. Im ganzen dürfte eine Heeresvermehrung von über 40 000 Mann in Frage kommen. Für Jahre hinaus werden dadurch wieder alle verfügbaren Mittel für Militärzwecke in Anspruch genommen. Diese Vorlage wird zweifellos im Reichstag zu lebhaften Kämpfen Veranlassung geben.

Zum Schutz der Arbeitswilligen.

Die „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“, die Beziehungen zur badischen Regierung hat, schreibt:

Nach aufmerksamster Beobachtung der Vorgänge bei den Arbeitseinstellungen im allgemeinen erscheint es nicht zweifelhaft, daß der Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren in den letzten Jahren immer stärker geworden und die Strafbestimmung des § 153 der Gewerbe-Ordnung in ihrer jetzigen Fassung durchaus unzureichend ist, um arbeitswilligen Personen einen wirksamen Schutz gegen Vergewaltigung und Einschüchterung zu sichern. Es kommt in Betracht, daß solche widerrechtlichen Einwirkungen häufig vorkommen, ohne daß es sich erweislich um Verabredungen oder Vereinigungen der in § 153 Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art handelt, und daß zahlreiche Fälle vorliegen, in denen die Thatbestände der §§ 185 und 223 Str.-G.-B. zutreffen, eine strafgerichtliche Verfolgung aber deswegen ausgeschlossen ist, weil die betroffenen Personen sich aus naheliegenden Gründen scheuen, den nach dem Strafgesetzbuche erforderlichen Strafanspruch zu stellen. Auf Grund dieser Erwägungen, die in neuerlichen amtlichen Erhebungen ihre Bestätigung finden, ist, wie wir erfahren, die großherzoglich badische Regierung der Meinung, daß der anzustrebende flüchtige Schutz der Arbeitswilligen durch eine dem Entwurfe der Gewerbeordnungs-Novelle von 1890 entsprechende Fassung des § 153 der Gewerbe-Ordnung ermöglicht würde. Die badische Regierung würde einer Vorlage, welche den Inhalt des § 153 Gewerbe-Ordnung nach dem Entwurfe von 1890 wieder aufnimmt, zustimmen.

Wir wissen nicht, ob die badische Regierung, dies ohne mit den anderen maßgebenden Regierungen Hülfe genommen zu haben bekannt macht, — oder ob die Regierungen in Verbindung getreten sind und ob in dieser Form der Nachzug angetreten werden soll, — nachdem sich vielleicht hermitgestellt hat, daß das vom Kaiser angekündigte Zuchthausgesetz bei den Regierungen nicht durchzubringen ist.

Wir wollen uns deswegen darauf beschränken, den angezogenen Paragraphen des 1890er Entwurfs hierher zu legen. Er lautet:

Wer es unternimmt, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verurtheilung

- 1. Arbeiter oder Arbeitgeber zur Theilnahme an Verabredungen der im § 153 bezeichneten Art zu bestimmen oder am Austritt von solchen Verabredungen zu hindern,
2. Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern,
3. Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Annahme von Arbeitern zu hindern,

wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist die Handlung gewöhnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein. Die gleichen Strafvorschriften finden auch auf denjenigen Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert.

Man sieht, der Paragraph war ganz besonders auf die gewerkschaftlichen Agitatoren gemünzt, die man gleich bis zu einem Jahr ins Gefängnis stecken wollte.

1890 wurde der Paragraph in dieser Fassung abgelehnt. Wird auch der neue Reichstag solchen reaktionären Gelüsten widerstehen? —

Deutsches Reich.

Aus dem Lande des Ochsenkopfs.

Ein Sonntag, Sozialistengesetz.

Die mecklenburgische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage vorgehen lassen, die jedes Austragen sowie Verschicken von Flugchriften an Sonntagen verbietet.

Es ist richtig: die Sozialdemokraten Mecklenburgs haben an arbeitsfreien Sonntagen dann und wann Flugchriften an die Landbewohner vertheilt. Die guten Früchte dieser Thätigkeit zeigte die letzte Reichstagswahl. Nun will man diese sozialdemokratische Landagitatorien beseitigen. Wir erfreuen uns — so fährt unser Moskoder Parteiführer, die „Mecklenburg. Volkstimme“ aus — in Mecklenburg zur Verneinerung der Frömmigkeit eines Sonntagsgesetzes aus dem Jahre 1855, dessen § 2 ausdrücklich vorschreibt: „Die Sonn- und Festtage sollen der Ruhe von der Arbeit und Geschäften, dem öffentlichen Gottesdienste und der häuslichen Andacht gewidmet sein.“ Und deshalb wird in 16 verschiedenen Abschnitten alles das aufgezählt, was nach Ansicht einer Kirchenkommission Obbrigkeit an Sonntagen alles nicht geschehen darf. Zu diesem Sonntagsgesetz nimmt nun die Regierung ihre Zuflucht. Sie hat dem Landtage einen Ergänzungsparagraphen zur Genehmigung unterbreitet, zu dessen Begründung wörtlich folgendes ausgeführt ist:

Zu neuerer Zeit habe die Verbreitung von Druckschriften, Kalendern u. s. w. durch Herumtragen von Haus zu Haus, Anbieten und Verschicken an Sonn- und Festtagen bedeutend zugenommen. Wo diese Thätigkeit nicht unter den Begriff des gewerksmäßigen Betriebes im Umherziehen falle, böten die bestehenden Gesetze keine Handhabe, gegen dieselbe einzuschreiten, da hier weder das Verbot der Gewerbe-Ordnung § 55a, noch die Bestimmung des § 2 Ziffer 12 der Verordnung vom 8. August 1855 zutreffen. Es scheint aber nothwendig, diese Lücke der Gesetzgebung zu beseitigen und gleichmäßig für Stadt und Land derartige Handlungen, auch wenn sie nicht gewerksmäßig geschehen, zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Die Regierung schlägt deshalb vor, die VO. vom 8. August 1855 dahin zu ergänzen, daß zum § 2 Nr. 12 hinzugefügt wird:

(Verboden ist): „Das Auffuchen von Bestellungen auf Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, das Herumtragen, Anbieten und Verschicken von Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken, wenn auch das Auffuchen, das Herumtragen, das Anbieten und das Verschicken nicht gewerksmäßig geschieht. Die kaiserliche Post und die Privatposten werden durch die vorstehenden Bestimmungen in ihrem Betriebe nicht beschränkt.“

Die Vorlage ist vom Landtag bereits der Justizkommission überwiegen worden. Unser Moskoder Partei-Organ bemerkt dazu:

Wir warten vorläufig das gezeigerte Ergebnis des Landtages ab. So viel aber können wir heute schon unseren Segnern sagen: den billigen Triumph, die sozialdemokratische Landagitatorien durch ein Anhängsel zum Sonntagsgesetz zu ersticken, werden sie nicht erleben. Es wird uns trotz eines solchen Gesetzes gelingen, unsere Kalender und Flugchriften den mecklenburgischen Landarbeitern prompt ins Haus zu liefern. —

Vom preussischen Bergbau.

Die neueste Nummer der preussischen Gesetzsammlung enthält einen Erlass betreffend die Rang- und Titelverhältnisse der höheren Bergbeamten. Der Erlass ist vom 5. November 1898 datirt. Wann wird ein Erlass kommen, der die Forderung der Vergleute erfüllt: Vertheilung der Arbeiter an der Gruben-Inspektion durch gewählte Delegirte? Das Jahr 1898 scheint vorübergehen zu sollen, ohne daß aus dem Munde der Regierung auch nur ein Wort verlautet, ob die Vergleute auf die Erfüllung dieser Forderung, gegen die von den Grubenbesitzern im wesentlichen mit Klassenpolitische, sachlich in keiner Beziehung stehende Bedenken geäußert werden konnten, hoffen dürfen oder nicht.

Und doch war gerade das Jahr 1898 dasjenige, wo sich die Unzulänglichkeit des bisherigen Systems der Grubeninspektion am sinnfälligsten zeigte.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ hat eine Tabelle der Paffenkatastrophen veröffentlicht, die sich in den Jahren 1887-1898 in deutschen Bergwerken ereignet haben. Wir lassen die Tabelle hier folgen.

Table with 4 columns: Jahr des Unglücks, Ort des Unglücks (Bezirk), Zahl der Opfer (tot, verwundet). Rows list accidents from 1863 to 1898 across various regions like Konfolidation bei Schalle, Hibernia bei Herne, etc.

Mit Ausnahme der Bezirke Frankenthal liegen alle diese Bezirke in Preußen.

Denklich sieht man — schreibt das genannte Bergarbeiter-Fachblatt — das Walten der störrischen Geschäftszeit und die zunehmende Rücksichtslosigkeit der Verwaltungen. 1890-92 sind die Massenunfälle trotz leidlichen Geschäftsganges vermindert — die Knappen standen in ziemlicher Organisation nicht schulpf da. Das änderte sich 1898, wo jede Zeche krampfhaft noch retten wollte, was zu retten war — die faulen Jahre 1894/95 kamen. Und nun betrachte man sich die schreckliche Unglücksliste von 1897/98. Niemals ging das Geschäft besser — aber auch niemals förderte man so viel Vergammelsleichen zu Tage!

Der altmächtige Schriftsteller Plinius, fährt die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ fort, erzählt im 33. Band seines naturwissenschaftlichen Werkes, daß die römischen Vergleute die bösen Wetter durch Schwänke und Schlägen mit Luchern vertrieben! Und was geschieht heute? In unzähligen Fällen muß der deutsche Bergmann am Ende des 19. Jahrhunderts mit seiner Fackel und einem Wetzertuch seinen Arbeitsort von giftigen Dünsten reinigen! So war es vor 1800 Jahren und so ist es heute noch!!! Ein glänzendes Zeugniß für unseren Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. —

Orientalische Wirren.

Wäre Verwickelungen hat die Orientreise zur Folge. Zunächst kehren die Herren Pastoren von ihrer Pilgerfahrt sehr mißvergnügt zurück. Ihr Schiff, die „Mitternachts-sonne“ hat ihnen ganz und gar nicht gefallen. In einem französischen Pilgerhospiz zu Jerusalem einquartirt, fanden sie keine rechte Gelegenheit zu nationalen und evangelischen Anspielungen. Auch schien ihnen die ganze Gegend allzu katholisch. Das „Sachliche kirchlich“ wird die erschütternde Frage auf: „Ist das die Politik auch das von einem evangelischen Herrscher verlangen, daß er vom orthodoxen Patriarchen eine Reliquie, vom katholischen Vater den Segen der heiligen Jungfrau ohne ein Wort protestantischer Zeugnisse entgegennimmt?“ Die Frage ist längst entschieden, für alle Zeiten und prinzipiell: durch — Heinrich IV. Schwieriger ist die Lösung der Frage, wie die Katholiken zu dem ihnen vom Kaiser geschenktem Grundstück Dormition gelangen könnten. Wie die „Kritikale „Voce della Verita“ nämlich triumphierend berichtet, hat der Sultan den Kaufpreis für das Grundstück, das einem Beduinenstamm gehörte, (wohl in Folge der festlichen Kassenette), nicht bezahlt; infolge dessen seien die Besitzer vom Kaufvertrag zurückgetreten, damit das Grundstück nicht in die Hände Ungläubiger komme. Es ist ein netter Brauch des türkischen Monarchen, daß er auf Kredit die großartigsten Geschenke spendet, und es ist, wie man sieht, bedenklich, dieselben weiter zu schenken. Indessen hegen wir noch die leise Hoffnung, daß das kritikalische Blatt aus Vordrill die Meldung erstanden hat. Der Vertrag der Orientreise wäre sonst um einen der bedeutendsten Posten gekürzt. —

Ausweisungspolitik.

Mit ungewöhnlich derben Worten geißelt Professor Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ die neuerliche, gänzlich unbegriffliche Ausweisungspolitik: „Die jüngsten Ausweisungen in Schleswig schreien zum Himmel. Wenn man in der Darstellung der deutschen Geschichte zum schleswig-holsteinischen Ariege kommt und die Unthaten der Dänen an dem verrathenen Bruderstamm schildern möchte, dann stößt die Stimme und das Wort erstickt auf der Zunge, denn die peinliche Wahrheit legt sich dagwischen: es war alles Kinderpiel, was die Dänen damals gethan haben und was den sittlichen Horn des damaligen deutschen Volkes erregte, gegen die Gewaltthätigkeit, mit der wir heute selber jene Landchaft regieren. Und noch schlimmer als die Brutalität, die uns zum Absehen der gebildeten Welt kommt, ist die Verblendung, die da glaubt, mit solchen Mitteln im Kampfe der Rationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können.“

Es ist mit der nationalen Gesinnung wie mit der Religion: Hinter den wahrhaft Frommen erheben sich sofort die grollenden Pfaffen, Negerrichter und Inquisitionsdichter, um im Namen der Heiligen ihre Schändlichkeiten zu verüben. So hat auch die nationale Gesinnung die uns hier und dort einen nationalen Fanatismus erzeugt, der wild und verstockt glaubt, die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen treten zu dürfen und dem nationalen Gedanken, dem er zu dienen vermeint, unüberwindlichen Schaden zuzufügen.“

Wir möchten glauben, daß der Vater der Ausweisungspolitik, Herr v. Köller weder durch nationale Gesinnung noch durch nationalen Fanatismus getrieben wird. Er will eben den Leuten zeigen, daß bei uns trotz allem Berede noch regiert wird, und so regiert er eben, indem er mit den Ausländern zugleich seine Staatsraison — ausweist. —

Die Einrichtung des Reichs-Militärgerichts auf Grund der mit Bayern erzielten Verständigung, wonach ein besonderer bayerischer Senat eingerichtet werden soll, wird, so theilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit, der Gegenstand eines Gesetzentwurfs sein, durch welchen der Schlußstein in die neue einheitliche Militärgerichts-Ordnung eingesetzt werden wird. —

Anarchistisches. Das Plakato der Anarchistenkonferenz, wird jetzt auch aus London gemeldet. Nach einer Mittheilung der „Daily News“ ist auf der Anarchistenkonferenz der Vorschlag, die anarchischen Verbrechen als gemeine Verbrechen zu behandeln und die internationale Auslieferung der anarchischen Verbrecher zur völkerrechtlichen Pflicht zu machen, zurückgezogen worden.

Damit hat sich unsere Meldung vollständig bestätigt. Daß wir die Meldung seinerzeit mit Bemuthung brachten, wird uns von der „Kreuz-Ztg.“ als ein Gefährlich der Ideen- und Gefühls-Gemeinschaft des Sozialismus und Anarchismus angekreidet. Wir grämen uns darum nicht und können der „Kreuz-Zeitung“ sogar das weitere Geständniß machen, daß wir so laß sind, eine Freude zu empfinden, die jeder anständige Mensch in der ganzen Welt mit uns empfindet. Der Jona der „Kreuz-Zeitung“ ist eine Ehre für uns. Aus einer unthätigkeitsvollen Notiz über unseren neulichen Artikel: „Zwei Anarchistenkonferenzen“, ersehen wir, daß er durch unsere Vorschläge zur wirksamen Unterdrückung des Anarchismus hervorgerufen worden ist. Besonders ärgert es das Junkerblatt — wie aus gesperrtem Druck der betreffenden Stellen hervorgeht —, daß wir strenge Regeln gegen alle, welche den Befehlen des Landes den Gehorsam verweigern, fordern, und die anarchischen Hebelthäter einem Erziehungskurs unterwerfen wollen. Das ist charakteristisch für unsere Junker. —

Ueber einen Zwischenfall auf der Anarchistenkonferenz am letzten Montag bringt der „Morning-Reader“ folgende Einzelheiten:

Während der Beratungen über die Tagesordnung der nächsten Session machte der Beamte, der England bis zur Ankunft der Delegirten vertrat, die „plumpe“ Bemerkung, daß ein ungewöhnlich großer Theil der Anarchisten aus Italien käme. Für die übrigen Mächte besteuhe daher die Aufgabe, den Anarchismus zu bekämpfen, hauptsächlich in der Frage, was die italienische Regierung für innere Maßregeln zu treffen gedenke, um die Ursachen hierfür zu beseitigen. Er würde die Konferenz bereitwillig unterstützen, wenn ihm der italienische Minister darüber Auskunft geben würde. Ob die darauf ertheilte Auskunft befriedigend war, darüber haben wir nichts gehört. —

Unter dem Titel „Gegengift für den Anarchismus“ bringt die Londoner „Daily Mail“ einen Brief Crispi's. Er hatte denselben schon vorher als die Ansicht einer Autorität auf diesem Gebiete angekündigt, da kein Staatsmann unserer Zeit mit dem Anarchismus in so enge Berührung gekommen sei als der Ex-Konkors von Italien — und zugleich Vater der Postgeheimlichkeits-Wirtschaft jenes unglücklichen Landes, wie sie hätte hinzuzufügen sollen. Der Brief selbst bringt nicht viel neues. Er beschäftigt sich mit den erfolglosen Intrigen des Papstes gegen das Abhalten des Anarchistenkongresses in Rom, ohne Vertretung des päpstlichen Stuhles; ferner führt er die Gründe aus, weshalb Italien im Jahre 1894 nach der Ermordung Carnot's der Initiative einer befreundeten Macht (nämlich Deutschlands) zur Einberufung einer ähnlichen Konferenz nicht folgen konnte, und kommt zu dem Schluß, daß auch die jetzige Konferenz ohne positives Resultat verlaufen werde, infolge der Abgeneigtheit Englands, sein Vizekönig aufzugeben.

Interessant ist nur der Inhalt des Briefes. Der alte Verbrecher sagt nämlich: „Anarchismus ist eine schwere soziale Krankheit, für die ich ein Heilmittel nur sehe in enger und gewissenhafter Arbeit jeder einzelnen Regierung, die Ursachen dieser schreienden sozialen Ungleichheiten zu beseitigen, welche den trauerigen und graufigen Samen sozialer Zerstörung befruchten und entwideln.“

Während seiner Herrschaft hat man von dieser Weisheit wenig gemerkt.

Den Junft-Staatsmännern scheint die Weisheit immer erst dann zu kommen, wenn sie weggejagt sind. Auch vom deutschen Crispi, Bismarck, werden jetzt, nachdem er für immer vom Schauplatz abgetreten ist, sehr vernünftige Ansichten über Anarchismus bekannt.

Die deutsche Polizei hat sich, wie es scheint, bereits in das Plakato der Anarchistenkonferenz gefunden. Offiziös wird gemeldet:

Die zwischen den Regierungen der deutschen Bundesstaaten gegenüber der anarchischen Gefahr getroffenen gemeinsamen, einheitlichen Maßnahmen sind, wie wir hören, am 1. Dezember in Kraft getreten.

Wir vermuthen stark, daß diese Maßnahmen schon vor dem 1. Dezember in Kraft waren. —

Auch der Handel im preussischen Osten will, gleich der Industrie, vorwärts marschieren. Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Die Vorsitzenden der Handelskammern von Breslau, Oppeln, Schneidnitz und Posen haben an eine Anzahl binnenländischer Handelskammern des Ostens Einladungen ergehen lassen, in einer am 21. Januar 1899 in Breslau abzuhaltenen gemeinsamen Delegirtenkonferenz die Bildung einer freien Vereinigung zu beraten, als Vertretung der gemeinsamen Handelsinteressen des Ostens, besonders behufs Stärkung des Einflusses der östlichen Handelsvertretung auf Gesetzgebung und Verwaltung.

Auch diese Kunde ist für Agrarier-Ochren keine angenehme Musik. —

Ausöhnung mit Lippe. Es scheint sich in der That eine Verständigung zwischen Preußen und Lippe nach dem endlosen grauen Gader vorzubereiten. Der kleinere giebt nach, indem er sieben eine äußerst sunnige Guldigung dem Größeren erwiesen hat. Der Redakteur der „Lippischen Tageszeitung“, Billy Bruder, ist wegen Verleumdung des Grafen Crux zu sechs Wochen Festungshaft verurtheilt worden. Er hatte sich allzu heftig für die Wädeburgische Linie begeistert. Wenn Lippe schon so weit ist, Medaillone einzusperrern, so verräth das eine so intim preussische Gesinnung, daß um dieses edlen Juges brüderlicher Annäherung willen am Ende das Gröhen der Regentenlinder gestattet werden dürfte. Unsere Vermuthung wird durch eine andere Nachricht bekräftigt. Wie das „Militär-Wochenblatt“ mittheilt, ist durch Kabinetsordre des Kaisers, datirt Baden-Baden, 25. November, der zweite Sohn des Grafen von Lippe, der in Posen garnisonirende Bernhard, Graf zu Lippe-Bischerfeld, Premierleutnant vom 2. Leib-Infanterieregiment, zum Rittmeister und Eskadronchef befördert worden. —

Die Jückerfrage. Der Reichshofsekretär Hr. v. Thielmann wird, wie die „Rhein. Westf. Ztg.“ erfährt, gleich bei der ersten Lesung des Etats Gelegenheit nehmen, den Stand der internationalen Jückerfrage näher darzulegen. Er wird über den Gang und die Ergebnishlosigkeit der jüngsten Deutschler Verhandlungen berichten und im Anschluß daran für das Deutsche Reich die Nothwendigkeit betonen, sich bis auf weiteres abwartend zu verhalten. —

**Sonntag, Der Ausbruch des Deutschen Handels**  
tag 10 war Freitag Vermittlung veranlaßt. Man erörterte u. a. die Bestimmungen über die Grenze des Kleingewerbes und gelangte zu der Ansicht, daß eine landesgesetzliche genauere Abgrenzung sich nicht empfehle, es müsse vielmehr den Gerichten überlassen bleiben, nach freiem Ermessen über die Zugehörigkeit eines Betriebes zum Kleingewerbe zu entscheiden. Zur Vorbereitung der Handelsverträge wurde beschlossen, das Reichsamt des Innern um die schleunige Vorlage des neuen Zolltarif-Schemas zu bitten.

**Jur Fleischnot.** Aus den Untersuchungen, welche der Berliner Statistiker Dr. Hirschberg über Viehzählungen und Viehkonsum in Deutschland angestellt hat, geht hervor, daß die Einfuhr aller Schlachtvieharten seit den letzten 4-6 Jahren ganz erheblich zurückgegangen ist. Das trifft besonders zu für die Einfuhr von Schweinen; Schweinefleisch aber bildet die hervorragendste Fleischnahrung der minder bemittelten Bevölkerungsklassen. Diese also werden durch die Grenzsperrung am meisten geschädigt. Hirschberg giebt für die Schweine-Einfuhr folgende Ziffern an:

Jahr	Einfuhr
1892	861 253 Stück
1893	800 852 "
1894	710 129 "
1895	848 394 "
1896	108 091 "
1897	89 826 "

Die Einfuhr an Schweinen betrug demnach im Jahre 1897 nur noch um wenig mehr als ein Zehntel der Einfuhr von 1892. Seit 1893 ist aber auch die Einfuhr von Schafen und seit 1894 die von Rindvieh im Rückgange begriffen. Allerdings ist auch die Vieheinfuhr an frischem, ausgeschlachteten Fleisch gestiegen; diese belief sich im Jahre 1897 auf 44 Millionen Kilogramm gegen nur 28 Millionen im Vorjahre. Indessen ist diese äußerst starken Schwankungen unterworfen. Jedenfalls erlegt sie nicht die kolossale Rindereinfuhr an lebendem Schlachtvieh, besonders an Schweinen. Auch diese, sehr vorsichtig geführte Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß der deutsche Konsum an Schlachtvieh auf die Einfuhr des Auslandes angewiesen ist, weil sonst der Viehbestand des Inlandes allzusehr vermindert wird.

Kürzlich hat sich auch der Oberpräsident v. Bötticher zum „Fleischnot-Mummel“ — wie die „Deutsche Tageszeitung“ geschnadelt — ausgesprochen. Er äußerte sich dahin, daß die Forderungen, die gegen die Landwirtschaft erhoben würden, „tatsächlich unbegründet“ seien. Wie aus seiner ferneren Rede hervorging, hat er sich diese seine Ansicht gebildet aus der Enquete des Landwirtschaftsministeriums, die aber ja noch gar nicht abgeschlossen ist. Dem Herrn v. Bötticher selbst lagen zur Zeit seiner Rede, wie er selbst angab, erst die Ergebnisse der Untersuchungen aus dem Regierungsbezirk Merseburg vor, woraus sich ergab, daß hier von hohen Viehpreisen und einer Fleischvertheuerung nicht die Rede sein könne. Das Urtheil, gegründet auf die Ergebnisse eines einzigen Bezirks, müssen wir denn doch als ein etwas vorschnelles bezeichnen. „Es werde nicht lange dauern, meinte Herr v. Bötticher weiter, bis aus allen Bezirken Material vorliege, und dann werde man nicht können, es der Öffentlichkeit zu übergeben, und die umlaufenden Gerüchte zu beseitigen.“

Woher will Herr v. Bötticher wissen, daß die Resultate der Erhebungen geeignet sein werden, die „Gerüchte“ zu beseitigen? Es scheint demnach fast, als ob diejenigen Stimmen recht behalten, welche meinten, daß die Erhebungen nicht den Zweck haben, festzustellen, ob Fleischnot existirt, ob die Preise beträchtlich gestiegen und ob deswegen die Grenzsperrung aufzuheben ist, sondern lediglich Beweise bringen sollen, daß von alledem keine Rede sein könne. Wird aber mit einer solchen vorgefaßten Meinung an Erhebungen herangetreten, dann kann von Objektivität natürlich keine Rede mehr sein.

Schmungeleud erklärt am Schluß des Berichtes das Agrarierblatt: „Als Oberpräsident will uns Herr von Bötticher viel besser gefallen, als damals als Staatssekretär und Minister. — Das geschieht dem Herrn von Bötticher schon recht.“

**Die Ober-Postdirektion Hannover** sandte uns dieser Tage eine Verächtigung, in der besprochen wurde, daß in Hannover Entlassungen von Unterbeamten vorgekommen seien. Wie das Gerücht von den Entlassungen zu erklären ist, darüber bekommt die „Verl. Ztg.“ folgende Zuschrift aus Hannover:

Am vergangenen Sonntag früh wurden die hannoverschen Postunterbeamten im Briefträger-Saal des Postamts I zusammenberufen und ihnen dort eine ziemlich eindringliche Verwarnung erteilt. Es handelt sich auch hier wieder um die Lektüre des „Postboten“. Zwar wollte man nicht, so wurde erklärt, die Leute, welche bis jetzt das Blatt gelesen, ins Angeld setzen und sie entlassen, wie dies in Garmeln geschehen sei, aber man wolle sie doch eindringlich warnen vor dem weiteren Abonnement, und es werde erwartet, daß man diesen wohlgemeinten Rath folgen werde. Es ist dann ferner darauf hingewiesen worden, daß die in Garmeln in unbillbaren Stellungen befindlichen Beamten, welche bei der Sache theilhaftig gewesen sind — also eine Zeitung gelesen haben, die der oberen Polizeibehörde nicht gefällt — noch Dypeln, Posten u. s. w. verlegt würden.

Die hannoversche Ober-Postdirektion hat demnach mit ihrer Verächtigung vollständig recht gehabt, daß keine Entlassungen vorgekommen sind. Aber es wäre doch läßlich gewesen, wenn sie in ihrer Verächtigung der oben geschilderten Vorgänge freiwillig gedacht hätte. Es zeigt sich hier, daß das Gerücht nicht ohne jeden Grund entstanden ist. Jedenfalls geht aus der obigen Zuschrift hervor, daß die Postbehörde sich auch in Hannover herausgenommen hat, ihren Beamten das Lesen eines Blattes zu verbieten, also sich in die Privatangelegenheiten der Beamten zu mischen, welche die Behörde gar nichts angehen. Entlassen hat man die Leute nicht, nein; aber eindringlich verwarnt hat man sie. Und die abhängigen Unterbeamten wissen ja, was eine solche eindringliche Verwarnung zu bedeuten hat.

**Adelige in der Verwaltung.** Gegenüber den auch von uns erwähnten Zusammenstellungen über den Prozentfuß der Adelligen im höheren Verwaltungsdiens, schreibt die amtliche „Verl. Ztg.“: „Daß eine sorgfältige Prüfung der persönlichen Qualitäten der Bewerber um die Anstellung als Regierungsreferendar stattfindet, soll nicht in Abrede gestellt werden. Ob aber solche Bewerber adelig oder bürgerlich sind, ist für den Ausfall dieser Prüfung vollständig belanglos. . . Nicht Name und Abstammung, sondern die Fähigkeit und die dienstliche Qualifikation der Bewerber sind maßgebend für die Anstellung und das weitere Fortkommen der Verwaltungsbeamten.“

Da es aber unbestreitbar ist, daß ein so unvernünftigmäßig großer Prozentfuß der höheren Verwaltungsämter mit Adelligen bezeugt ist, so muß man wohl annehmen, daß die adeligen Bewerber sich im allgemeinen durch ganz besondere Fähigkeit und dienstliche Qualifikation auszeichnen. Wie man doch mitunter die Leute verkennt! Da denkt man nun, die Herren Junker seien im großen und ganzen Streber, die auf der Universität die Kollegia schwänzen und ein frohes Kruppschuppenleben führen, — und nun attestirt ihnen das amtliche Blatt, daß sie gerade die tüchtigsten sind.

**Aus Molké's Bildungsschule.** Nachstehender Text befindet sich auf einer aus Kagasaki (Japan) an Liebkecht adressirten Postkarte:

„Einige hier versammelte Unteroffiziere haben soeben Ihre Reichstagsrede v. 4. Mai gelesen. Daraufhin Ihnen die freundliche Mitteilung, daß in dem Ozeanischen Marineklub die Stelle eines „dummen August“ noch immer nicht besetzt ist.“

Die Stelle noch nicht besetzt? Das wundert uns. Oder wird etwa der „dumme August“ auf Orthographie geprüft? —

**Ein sehr tüchtiger Magistrat** hat die Stadt Schwabach in Bayern. Gegen einen in Grundstücken arbeitenden Brauer, der mit seiner Frau in einen Ehescheidungs-Prozess verwickelt ist, hat der

Magistrat der genannten schwabischen Stadt unterm 25. November einen vollstreckbaren Beschluß erlassen, in dem folgende Stelle vorkommt:

„Bei dieser Sachlage ist der Stadtmagistrat Schwabach, dessen Zuständigkeit aus Art. II des Art. 5a sich ergibt, berufen, dem . . . , dessen Handlungswesen bei seinem Einkommen als direkt empörend bezeichnet werden muß, energisch ins Gedächtniß zurückzurufen, daß er derzeit noch in einem geordneten Staatswesen, nicht aber schon im sozialistischen Zukunftsstaate lebt und deshalb noch immer verpflichtet ist, diejenigen zu unterhalten und sich um sie zu kümmern, die er ins Leben gesetzt hat.“

Es scheinen, nach dieser Probe zu schließen, zwischen dem Schwabacher Magistrat und der Einwohnerschaft recht vertrauliche, patriarchalische Beziehungen zu bestehen. Außer dem aber — so bemerkt unser Nürnberger Parteiblatt treffend zu dem sanften Erlass — bietet die Stadt Schwabach, mit seinem durch gewissenlose ordnungsparteiliche Gauer zu Grunde gerichteten Vorkehrverein, wobei hunderte von Arbeitern und Kleinbürgern, darunter zahlreiche Sozialdemokraten, ihre sauer ersparten Einlagen verloren haben, für das Studium des Gegenwartsstaates so ausgiebige Gelegenheit, daß der Bürgermeister dieser schwergeprüften Bevölkerung gar keine Veranlassung habe, sich mit dem „Zukunftsstaat“ zu befassen. —

**Kiel, 30. November.** (Eig. Ber.) Dem Pächter Lund von Alleben Krug im Kirchspiel Post ist seitens der vorgehenden Behörde eröffnet, daß er seiner Stellung als Schulvorsteher entbunden sei. Seines Postens als stellvertretender Gemeindevorsteher war Lund schon vorher entbunden. Diese Maßregelung ist erfolgt wegen der Zugehörigkeit Lunds zum dänischen Sprachverein. —

**Aus Elsaß-Lothringen, 30. November.** (Eig. Ber.) Die Landeskommission für die Ermittlung der Erträge aus Kapital, Lohn und Besoldung, welche vom Landesausfuß niedergelegt wurde, um die Grundlagen für eine reichslandische Einkommensteuer zu schaffen, hat nunmehr die allgemeinen Grundsätze, nach welchen bei dieser Ermittlung vorgegangen werden soll, festgestellt und für dieselben die Zustimmung des Ministeriums erhalten. Danach unterliegt der Ermittlung hinsichtlich des Einkommens aus Kapital der Ertrag aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Gewinntheilen von Handels- und ähnlichen Gesellschaften, sowie aus Renten jeder Art. Von den Erträgen aus Lohn und Besoldung sind Gegenstand der Ermittlung die Bezüge aus ertragbringender Beschäftigung, soweit dieselben nicht bereits durch die Gewerbesteuer getroffen sind. Es gehören hierher die Besoldungen, Pensionen und Wartelöhne der öffentlichen Beamten, der Geistlichen, Lehrer und Militärpersonen; der Lohn und sonstige Arbeitsverdienst der Handlungs- und Gewerbegehilfen, Handarbeiter und Dienstboten, ferner der Gewinn aus der Thätigkeit in den sogenannten freien Berufen (Schriststeller, Künstler, Privatgelehrte etc.), als Aufsichtsrath bei Aktiengesellschaften etc. Dabei sollen Einkommen unter 1000 M. von der Ermittlung ausgeschlossen bleiben.

### Ausland.

**Verbot des ungarländischen Parteitag.**

Aus Budapest wird uns vom 1. Dezember geschrieben: Der Parteitag der ungarländischen Sozialdemokratie, welcher am 25. und 26. d. M., ebenso der dritte Feldarbeiter-Kongress, welcher an den folgenden drei Tagen, beide in Gyegeled, hätten stattfinden sollen, werden zum andernmaligen Termin nicht tagen können. Die lange Reihe brutaler Rechtsverletzungen und Vergehungen der derzeitigen Machthaber, namentlich der Sozialdemokratie gegenüber, ist um eine Infamie vermehrt worden. Die beiden Kongresse wurden von der Behörde verboten. Seit Wochen hat man die Einberufer mit der Entscheidung hingehalten, bis ihnen gestern im Bureau des Obergespanns des Pesther Komitats das Verbot bekannt gegeben wurde, das auf Weisung des Ministers des Innern erfolgte. Aber auch die Budapester Polizei hat bereits unseren Genossen zu verstehen gegeben, daß die Abhaltung der beiden Kongresse in Budapest gleichfalls nicht gestattet werden würde. Man hat sich sogar an letzterer Stelle zu einer „Notivierung“ herbeigelassen und zwar, so heißt es, wolle die Regierung im Hinblick auf die wahrnehmbare Ausbreitung von Neuwahlen keinerlei Unruhe (N) dulden. Diese „Verurteilung“ ist um so mehr als eine läppische Verhöhnung der rechtslosen Arbeiterschaft zu betrachten, als es sich die Banduren in den Ministerkabinetts jetzt kaum bekommen lassen werden, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen, wo die Opposition an der Haltung der Regierung in der Heint-Denkmalfrage und betreffend des Kaiserjubiläums eine so famose Wahlparole hätte.

Der Versuch, den Parteitag und den Feldarbeiter-Kongress im Auslande abzuhalten, kann, von sonstigen etwaigen Schwierigkeiten abgesehen, schon wegen seiner Unmöglichkeit nicht in Kombination gezogen werden. Besonders die besten Genossen unter den Feldarbeitern sind in arger Nothlage, da sie bei h- heinigen Erntearbeiten wegen Verweigerung der Anschaffung von Arbeiterzertifikaten (im Sinne des neuen Feldarbeiter-Gesetzes) ohne Arbeit bleiben. Sehr vielen dieser Genossen muß auf ihre Bitten sogar das Partei-Organ gratis zugesandt werden, da sie selbst die geringe Abonnementgebühr nicht aufbringen.

Das Verbot des Parteitages ist umso empfindlicher, als es außer Budapest nur noch wenige Orte im Lande giebt, wo es die Arbeiter durchsetzen konnten, daß ihre Versammlungen gestattet werden. Glücklicherweise sind die Verbindungen der Parteileitung mit den Genossen in der Provinz in stetiger Zunahme und sehr zahlreich, so daß auf dem flachen Lande die Parteithätigkeit die einer ungenügend ausgebreiteten geheimen Propaganda-Gesellschaft ist. Unter den obwaltenden Umständen wird sich vermuthlich die Parteileitung dazu entschließen müssen, jene Fragen, die auf dem Parteitage und dem Feldarbeiter-Kongress zu erörtern gewesen wären, in Form von Referaten und Resolutionen in Druck zu geben und entsprechend zu verbreiten, um der ferneren Agitation die nötige Directivität zu geben. —

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 2. Dezember.** Das Jubiläum des Kaisers wird mit den üblichen Feierlichkeiten begangen. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die kaiserliche Entschliessung betreffend eine Amnestie für alle Angehörigen der Länder der ungarischen Krone, welche wegen Stellungsnahme bezw. Nichtbefolgung des Einberufungsgebots zur Waffenübung verurtheilt sind, wie eine solche bereits für die Angehörigen der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder und der österreichischen Landwehr erlassen wurde. —

### Schweiz.

**Bern, 30. November.** (Eig. Bericht.) Im Volkshause fand am Sonntag eine von 700 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Genossen Moor (deutsch), Dr. Brustlein (französisch) und Vergnanini (italienisch) referirten und schließlich folgende Resolution angenommen wurde: „Die Volksversammlung erhebt Protest gegen die brutale Unterdrückung aller bürgerlichen Freiheiten und gegen die grausame Verurtheilung und unmenschliche Behandlung der angeblich politischen Verbrecher in Italien und fordert von der italienischen Regierung im Namen der Humanität und Zivilisation und im Einklang mit allen menschlich fühlenden und edel denkenden Bürgern aller Nationen die Amnestirung der durch die Militärgerichte Verurtheilten, unter denen sich die edelsten Geister Italiens befinden.“

**Zürich, 30. November.** (Eig. Ber.) Von den barbarischen Ausweigungen aus Deutschland, der neuesten Verthätigung preussisch-deutscher Polizei- und Regierungsweisheit, ist auch der Schweizer Gutsnecht aus Basel, welcher in Strassburg Thee-

handel trieb, betroffen worden und zwar, weil er wegen „Uebersetzung bestraft“ worden. Da von den ca. 230 000 Ausländern in der Schweiz allein ca. 150 000 Deutsche sind, so verurtheilt die schweizerische Presse scharf dieses Verfahren. Die „Zürcher Post“ erinnert daran, daß laut Gegenstandsbescheid nur bei Verbrechen oder Vergehen Ausweisung erfolgen kann. Und der Winterturber „Landbote“ meint: „Das einfachste Mittel, um dieser deutschen Ausweisungswuth zu begegnen, ist: Gegenrecht halten!“ Das wäre allerdings nichts schöner, als die Aktion der deutschen Polizei-Barbaren, aber es zeigte, welche erbitterte Stimmung auch in der Schweiz durch die brutale deutsche Gewaltpolitik erzeugt wird.

### Frankreich.

**Paris, 30. November.** (Eig. Ber.) Die Protestbewegung gegen den Prozeß Picquart ist in fortwährendem Steigen begriffen. Es ist in Frankreich das erste Beispiel eines so massenhaften Protestes auf dem Wege von Unterschriften. Die „Aurore“ muß seit drei Tagen die einlaufenden Unterschriften in einer besonderen, zwölf durchgehende Spalten umfassenden Beilage drucken — neben zwei Spalten Unterschriften im Hauptblatt. Protest-Versammlungen finden in allen Stadtvierteln von Paris statt. Insbesondere hat die Protestversammlung der Pariser Universität großen Eindruck gemacht. Professoren und Studenten gelobten, den Kampf nicht eher einzustellen, bis Picquart freigelassen wird. Gelehrte, wie Duclaux, der Nachfolger Pasteur's, „unsterbliche“ Akademiker, wie Anatole France, scheuen sich nicht mehr, in öffentlichen Versammlungen den Vorstoß zu führen und dem Militärklänge die Wahrheit zu sagen. —

Genosse Jean Dormoy, der Bürgermeister von Montluçon, ist wie schon gemeldet, der französischen Arbeiterpartei durch einen frühzeitigen Tod im Alter von 47 Jahren entrisen worden. Für die Partei-Organisation des Allier-Departements ist das ein unersehlicher Verlust. Dormoy war die Seele, wie der Begründer der dortigen Organisation.

Dormoy gehört zu den ersten Pionieren der neuesten sozialistischen Bewegung Frankreichs. Seit 1879 begann er in den Reihen der Arbeiterpartei zu kämpfen mit einer Hingebung, die ihm kapitalistische und gouvernementale Verfolgungen einbrachte. Lohnarbeiter in einer Metallfabrik von Montluçon, gründete er die ersten sozialistischen Organisationen. Er wurde gemahregelt und mußte zum bescheidenen Erwerb eines Delhauser's greifen. Eine ihm 1881 zudirte sechsmonatliche Gefängnisstrafe verbüßte er in Paris, die unfreiwillige Ruhe zu seiner sozialpolitischen Ausbildung bewirkte.

Die Ausbreitung und die feste Einwurzelung der Arbeiterpartei im Allier-Departement seit 1893 sind wesentlich das Werk Dormoy's. Die dortigen Parteigenossen ehren das Andenken des Vorläufers, indem sie beschloßen haben, seine mittellose hinterlassenen Kinder zu adoptiren. —

**Paris, 2. Dezember.** Die Blätter melden, Freyinet habe dem Präsidenten der Kriminalkammer des Kassationshofes Loeuw erklärt, das geheime Dossier könnte dem Kassationshofe nur unter der Bedingung strengster Geheimhaltung übergeben werden; insbesondere dürfe der Anwalt der Frau Dreyfus, Arnard, von dem Inhalt des Dossiers nichts erfahren. Der „Matin“ behauptet, die geheimen Schriftstücke hätten für die Enquete keinerlei entscheidende Bedeutung und hätten eigentlich mit der Dreyfus-Angelegenheit gar nichts zu thun; sie enthielten aber Namen, deren Enthüllung nicht ungefährlich sei. Wie das Blatt weiter meldet, hat die Kriminalkammer berathen, in welcher Weise dem Wunsch Freyinet's Rechnung getragen werden könnte. —

### Spanien.

**Madrid, 2. Dezember.** Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den karlistischen Untrüben, die in einigen Provinzen sich bemerkbar machen. Es wurde beschloßen, jeden Versuch einer Unruhebestimmung energisch zu unterdrücken. Silvela erklärte einem Berichterstatter gegenüber, für die konservativ Partei sei der Augenblick, wieder zur Macht zu gelangen, gekommen, und sprach sich gegen jede Bildung neuer Parteien außerhalb des Parlaments aus. Silvela verlangt Einberufung der Cortes und glaubt, die karlistische Gefahr werde, wenn ein energisches konservatives Kabinet zur Regierung gelangte, verschwinden. —

### Rußland.

**Russische Verfolgungssucht.** Man schreibt uns: Im Oktober dieses Jahres fand der Vorsteher der ländlichen Agrarschule zu Pokotawa bei einem Schüler ein verbotesenes Büchlein von Tolstoi und einige Proklamationen an die Arbeiter. Die Untersuchung wurde eingeleitet; nachdem konstatiert war, daß der Schüler die verbotesenen Schriften von dem Wächter bekommen hatte, theilte es der Vorsteher sofort der zuständigen Stelle mit und der Wächter wurde selbstverständlich verhaftet.

20 Männer, welche in der Semstwo angestellt waren — von ihnen waren einige politisch verurtheilt — überreichten dem Vorsteher eine Adresse, worin sie ihm im hohen Maße ihr Mißfallen und ihren Tadel ausdrückten und ihm nahelegten, in den Ruhestand zu treten. Diese Adresse überreichte der Vorsteher der Obrigkeit und die Folge hiervon war eine Verordnung des Ministers des Innern, welche alle, die ihre Namen in der Adresse unterzeichnet hatten, aus dem Gouvernement Pskowa auswies; gleichzeitig wurde verboten, ihnen in der Semstwo eine Stelle zu verleihen. Viele dieser Ausgewiesenen sind ohne Brot. Einem, der sterbend krank war und bewegungslos in seinem Bette lag, wurde die Frist von einer Woche für die Abreise bewilligt.

Und solche Fälle stehen nicht vereinzelt. —

### Afrika.

**Sansibar, 2. Dezember.** Infolge der in Lamatawe vorgekommenen Pest-Erkrankungen müssen sich alle von Madagaskar hierher kommenden Schiffe einer Quarantäne unterwerfen. —

### Invaliditäts-Ver sicherungs-Novelle.

Ueber das standalöse Verfahren der ratenweisen Verabreichung dieses Gesetzeswurdes entrißtet sich auch die nationaliberale Presse. Der „Hannoversche Courier“ schreibt in diesem Sinne: „Eine solche theelöffelweise Verabreichung ist unseres Wissens noch nicht dagewesen. Welchen Vortheil es haben soll, ist absolut unfaßbar. Der Erfinder dieser wunderlichen Methode hat offenbar geglaubt, durch Vorsetzung kleiner Portionen die Materie dem Verständniß der Leser um so leichter nahe zu bringen. Leider ist dabei nur übersehen worden, daß das Zeitungspublikum nicht geneigt ist, sich vier Wochen lang über denselben und obendrein noch recht trodenen Gegenstand unterhalten zu lassen. Aber auch diejenigen, welche ein eifrigeres Interesse an der Sache nehmen, ärgern sich über die zerstückelten Mittheilungen, die ihnen ein Gesamturtheil über die Vorlage erschweren. Wäre der Entwurf, sowie derjenige über das Privat-Versicherungsverfahren, sofort in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht worden, so würde mancher, dem diese oder jene der zuerst bekannt gegebenen Einzelheiten nicht gefallen hat, vielleicht zu einer weit günstigeren Meinung von dem ganzen gelangt sein, wenn er die späteren, ihm besser zuzugenden Theile gleich hätte mit übersehen können. Es scheint, so hätten wir längst von eingeweihter Seite, daß man es nicht gewagt hat, das ganze mit einem Male der Kritik preiszugeben, weil man einen ungenügenden Eindruck befürchtete. Um so schlimmer wird die Vorlage des Entwurfs im Reichstage wirken.“

Das Verhätterungsverfahren wird unterdeh weiter praktizirt. Die neuesten der Öffentlichkeit gespendete Rats betrifft

Die Obliegenheiten der ärztlichen Rentenanstalten. Die Obliegenheiten der im Entwurf eines Invalidenversicherungs-Gesetzes vorgezeichneten neuen Lokalbehörden sollen, so schreibt der offiziöse Sachverständiger, nicht auf die Rentensicherung beschränkt werden. Es werden ihnen auch eine Reihe von Verwaltungsaufgaben

Aberwies, deren Kleinigkeit und sachkundige Erledigung von dem oft weit entfernten Mittelpunkt der Verwaltung der Versicherungsanstalt aus Schwierigkeiten bereitet. Es handelt sich dabei zum Theil um Obliegenheiten, welche den gegenwärtig als örtliche Anstaltsorgane fungierenden Vertrauensmännern übertragen sind, bei dieser als wenig zweckmäßig erkannten Einrichtung jedoch keine erhebliche praktische Bedeutung erlangt haben. Von besonderem Belang ist aber die Uebertragung der Kontrolle der Beitrags-Entrichtung auf die Rentenstellen; diese sollen nicht bloß das Markenleben durch die Arbeitgeber und die Versicherten überwachen, sondern auch da, wo das Einzugsverfahren eingeführt ist, die Aufsicht über die ordnungsmäßige Geschäftsführung der Einzugsstellen führen, soweit hierbei die Organe der Versicherungsanstalt mitzuwirken haben. Die bisherigen besonderen Kontrollbeamten der Versicherungsanstalten fallen deshalb ebenso fort wie die bisherigen besonderen Vertrauensmänner.

Von Bedeutung ist auch der Vorschlag des Entwurfs, den Rentenstellen die Aufsichtsertheilung über alle die Invaliden-Versicherung betreffenden Angelegenheiten zu übertragen. Bei der Arbeiterbevölkerung besteht unzweifelhaft ein wachsendes Bedürfnis nach einer vertrauenswürdigen Einrichtung, bei der sie sich in Fragen des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens Auskunft, Rechtsbelehrung und unter Umständen auch Unterstützung holen können.

Es ist für die Organisation der örtlichen Rentenanstalten dieselbe Grundlage vorgezogen, welche sich bei den Schiedsgerichten bewährt hat: Besetzung mit einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem ständigen Vorsitzenden.

Wir müssen gestehen, klar ist uns das alles keineswegs. Doch wollen wir nicht verhehlen, daß es uns ein sympathischer Gedanke ist, wenn Anstalten zur unentgeltlichen Auskunftsberathung über die Angelegenheiten der Versicherungs-Gesetzgebung geschaffen werden sollen. Allerdings ist das Bedürfnis hiernach nicht mehr so dringend wie früher, da sich die Arbeiter in vielen Städten jetzt selber Einrichtungen zur Auskunfts- und Rathberathung in den Angelegenheiten der Arbeiterschutz-Gesetzgebung geschaffen haben.

## Partei-Nachrichten.

In einem Arbeiterverein in Zeitz hielt Redakteur Stücken von der „Altenburger Volkszeitung“ eine Rede über das Thema: „Kann bei der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung die sozialdemokratische Gesellschaft eingerichtet werden?“ Nach dem Bericht des „Volksblattes für Halle“ meinte Stücken dem Sinne nach, daß die ökonomischen Verhältnisse noch lange nicht die Stufe erreicht haben, auf welcher der Sozialismus beginnen kann, und wenn es möglich wäre, daß uns in absehbarer Zeit die politische Macht zufiele, so würden wir diese doch nicht behalten können, weil eben die Bedingungen dafür noch nicht vorhanden seien.

Dazu bemerkt die Redaktion des „Volksblattes für Halle“: „Der letzte Theil dieses Satzes ist in dieser allgemeinen Fassung durchaus unrichtig und nur zu sehr geeignet, Verwirrung anzurichten. Gewiß könnten wir, wenn wir heute an die politische Macht gelangten, die sozialistische Gesellschaft nicht errichten, d. h. das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht beseitigen, aber das ist doch keine Frage, daß wir besser „regieren“ würden, als die heute herrschende Klasse, und daß unsere Regierung behauptet auf die Abschaffung des Privateigentums und damit auf die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft hinarbeiten würde. Mit der Redensart von der Unmöglichkeit der Uebernahme der politischen Macht durch die Sozialdemokratie bei dem Stande der heutigen Entwicklung wird jetzt nur allzu häufig Mißbrauch getrieben. Bei den Erörterungen über dieses Thema handelt es sich schließlich immer darum, ob der heutige Stand der ökonomischen Entwicklung die vollständige Aufhebung des Privateigentums zulasse. Und das ist doch etwas ganz anderes. Die Arbeiterklasse wird an die politische Macht gelangen, ehe das Privateigentum vollständig aufgehoben ist.“

In dem holländischen Städtchen Wilster waren im November d. J. drei und im Februar d. J. ein Sozialdemokrat mit großer Mehrheit in die Gemeinderathswahl gewählt worden. Wie in anderen Städtchen Hollands, so antwortete auch hier das Phylisterthum auf unsere Wahlfrage damit, daß es den Jesus erhöhe, im vorliegenden Falle von 4 auf 9 W. Infolge dessen sind bei der jetzigen Wahl im November die drei sozialdemokratischen Kandidaten unterlegen. Sie erhielten 142, 143 und 151 Stimmen, die Gegner 225, 227 und 237.

Eine Versammlung in Gießen beschloß Beihilfung unserer Partei an der bevorstehenden Landtagswahl im Kreise Gießen-Land und stellte den Genossen H. Scheidemann als Kandidaten auf. Der Kreis ist schon einmal, und zwar mit einer Stimme Mehrheit, von uns gewonnen worden, die Wahl wurde aber für unglücklich erklärt, weil ein Wahlmann nicht die heftigste Staatsangehörigkeit besaß. In dem neuen Wahlgang ging der Kreis an die Antisemiten verloren. Wie das „Offenbacher Abendblatt“ mittheilt, hoffen unsere Parteigenossen bestimmt, den Kreis diesmal wieder zu gewinnen.

Aus der Redaktion des Züricher „Volkrecht“ ist nach achtmönatiger Wirksamkeit der Parteigenosse Paul Brandi ausgeschieden, um die Redaktion des auf unsern Boden gestellten „Vieler Tagesblattes“ in Biel zu übernehmen. Am „Volkrecht“, das in den Arbeiterkreisen leider nicht die erwartete Unterstützung gefunden hat, stehen weitere Änderungen bevor.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Dylong in Königsbrunn, dessen Verurtheilung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis vom Reichsgericht aufgehoben worden ist, und der seit dem 23. September in Untersuchungshaft gehalten wird, wird jetzt seine Entlassung aus der Haft beantragen.

Redakteur Reulrich von der Breslauer „Volkswacht“ hat am 30. November die einmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom dortigen Landgericht wegen Verleumdung eines Berliner Schuymanns zubisittet worden ist. Die inkriminierte Notiz war aus Berliner Blättern auch in einen Theil der Presse Breslaus, darunter in die „Volkswacht“, übergegangen. Anklage wurde aber nur gegen die „Volkswacht“ erhoben. Der Berliner Polizeipräsident, der bekanntlich nicht einmal die Verhandlungen der Berlin-er Stadterordneten-Versammlung über polizeiliche Angelegenheiten ließ, hatte von der Veröffentlichung der Notiz in der „Volkswacht“ Kenntniz erlangt und Strafantrag gestellt. Wegen des Urtheils war Revision beim Reichsgericht eingelegt worden und sollte die Sache dieser Tage zur Verhandlung kommen. Um aber im Falle der Verurteilung des Rechtsmittels das Weihnachtsfest nicht im Gefängnis fern von der Familie, zubringen zu müssen, hatte Reulrich die Revision zurückgezogen in der Hoffnung, daß er alsdann die Strafe früher würde antreten können. Eine bei der Staatsanwaltschaft persönlich vorgebrachte Bitte hatte keinen Erfolg, da die Alten noch nicht vom Reichsgericht zurück wären. Unser Genosse hat also den durch die Verurteilung auf die Revision beabsichtigten Zweck nicht erreicht. Erst am 30. November erhielt er die Aufforderung, die Strafe spätestens am 8. d. M. anzutreten. Einen Versuch, Strafausschub zu bekommen, hat Reulrich nicht unternommen, da der Einwand, er wolle das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familie feiern, keinen gesetzlichen Grund darstellt.

## Gewerkchaftliches.

### Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Maurer beruft zum 22. März 1899 nach Berlin seinen Verbandstag ein.

Zum Anstand der Weber in Krefeld wird berichtet: In dem Stimmungsale der Handelskammer in Krefeld fand eine Versammlung statt, in der sämtliche mechanische Stoffwebereien vertreten waren. Die Versammlung war infolge der in verschiedenen Betrieben eingetretenen Ausstandsbewegung zummißvergnügen worden.

Es wurde beschlossen, einen Ausschuß zu wählen, um die Grundzüge einer Lohnliste festzustellen. Ferner verpflichtete man sich, daß Arbeiter, welche mit irgend einer Firma in Lohnstreitigkeiten stehen, bei anderen Firmen nicht eher eingestellt werden sollen, bis die Streitigkeiten beigelegt sind.

Dazu bemerkt die „Niederrheinische Volkszeitung“: Wenn die Lohnliste nach dem Lohnsatz der Firma Höningshaus u. Thissen angefertigt wird, werden die Lohnstreitigkeiten wohl aufhören? Was die Drohung anbetrifft, keinen Streikenden einzustellen, so werden die Weber durch ihre Organisation schon dafür sorgen, daß die Wäme der Fabrikanten nicht in den Himmel wachsen.

Wie man in einem preussischen Musterbetriebe Arbeiter mahrgest. Auf dem königlich preussischen Salzwerk Staßfurt ist der Arbeiter Karl Heide aus Heddingen gemahrgestellt worden. Heide war Mitglied des Arbeiterausschusses und volle zehn Jahre auf dem Werke thätig, ohne daß er sich in seiner Arbeit etwas zu schulden kommen ließ. Als er, von einem bedauerlichen Unfall betroffen, nach einem Vierteljahr die Arbeit wieder aufnehmen wollte, erklärte ihm der Berg-Inspektor: Er (Heide) habe seine Wohnung mit Wildern von Marz, Cassalle, Göttinger Freiheit u. s. w. ausgeschmückt, dies sei Beweis genug, daß er Sozialdemokrat sei; die Beschäftigung von Sozialdemokraten solle aber auf königlichen Werken möglichst vermieden werden. Mit dieser Begründung wurde Heide entlassen.

Wieder ein Beispiel edler Gesinnungsbereitheit. Vom engstgigsten Standpunkt werden solche Maßnahmen billigt, verständnißlos stehen die Vertreter eines solchen Regiments der großen Arbeiterbewegung gegenüber. Sie glauben mit der Hungerpeitsche dem Arbeiter seine treue politische Gesinnung austreiben zu können und bedenken nicht, daß diese Mittel fruchtlos sein müssen, weil sie bei einem rechtschaffenen Arbeiter ein Gefühl des stärksten Widerwillens hervorzurufen müssen, nicht aber ihm die Achtung vor den staatlichen Vertrieben einflößen können.

Unternehmerterrorimus. Aus Köln wird uns geschrieben: Der Kommission zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirthsgewerbe hatte der Oberleutnant des hiesigen Hotels „Orisio“ als Delegirter des Genfer Kellnerbundes beigewohnt. Sofort nach seiner Rückkehr aus Berlin wurde ihm, wie die ultramontane „Niederrheinische Volkszeitung“ berichtet, gelündigt; und als Grund wurde seine Aussage vor der genannten Kommission angegeben. — Das ist ein neues Beispiel von Unternehmerterrorimus. Ob der Genfer Verband, der bekanntlich von der Harmonie mit den Prinzipalen träumt, durch diesen Vorfall etwas aufgemuntert wird?

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Sudenburg errang die Liste der Gewerkschaften ohne Gegenstimmen den Sieg. In Apolda wurden gleichfalls die vom Kartell aufgestellten Kandidaten in der Klasse der Arbeitnehmer gewählt. Die Liste der Arbeitgeber siegte in dieser Klasse nur mit zwei Stimmen Majorität gegen die der Gewerkschaften.

Wegen Mahregelungen haben bei dem Fensterfabrikanten J. Raab in Nürnberg sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

## Ausland.

Der Bergarbeiterausstand in Böhmen (Böhmen) dauert unverändert fort. Auf die Eingabe an die Zentraldirektion erfolgte die Antwort, daß die Direktion auf dem Standpunkt verharre, daß bei Aufnahme der Arbeit sich jeder Arbeiter einzeln anzumelden habe und die Abtrümmen mit Feuerschichten einzuwandern sein müssen. Außerdem hat die Oberbergverwaltung eine Kundmachung vom 2. d. datirt, anhängen lassen, in der eine Lohnreduzierung angeklagt wurde. Die Lohnreduzierung würde auf manchen Plätzen bis 60 kr. täglich ausmachen, so daß eigentlich kaum 1 fl. täglich verdient würde. Auf diese Aeußerung hin war es selbstverständlich, daß die Mannschaft beschloß, im Streik weiter zu verharren. Es wurde beschlossen, eine Deputation an das Präsidium der Brüxer Bergbau-Gesellschaft in Wien zu senden, die die wahren Ursachen des Konflikts darlegen soll.

Die schweizerischen Eisenbahner waren am letzten Sonntag 1200 Mann stark in Luzern versammelt, um eine demagogische Bertheiligungsrede ihres Sekretärs Dr. Sourbe, der sich als ein rechter Streiber erwiesen hat, anzuhören und sodann die Stellung der Eisenbahner bei der Verstaatlichung der Bahnen zu beraten. Das Ergebnis der Beratung war die Aufstellung folgender Forderungen: Erhöhung der Pensionsbeträge von 60 bis 70 pCt. bis auf den Betrag von 3000 fr., Pensionsberechtigung nach 20 bis 30 Dienstjahren ohne Rücksicht auf die Invalidität, Festsetzung einer Lohnskala und Fixirung der Nebenbezüge, Mindestgehalt 1200 fr., mit Beförderungserhöhung von 300 fr. alle 3 Jahre, eigenes Disziplinargericht, in welchem auch Kollegen des Angeklagten sitzen.

Die Banarbeiter in Zürich und Luzern haben an die Großen Stadtrathe Eingaben gemacht, in welchen die Einsetzung je einer volkswirtschaftlichen Kommission zur Vorbereitung wirtschaftlicher, lantonaler und kommunaler Fragen verlangt wird, so namentlich in bezug auf Regelung des Submissionswesens, Schutz für Banarbeiter etc.

Die organisirten Schneider und Schneiderinnen in Zürich beschloßen, eine Untersuchung der Wohnungen der Heimarbeiter vorzunehmen. Man will über die Lage, Größe und Luftzufuhr der Räume Feststellungen machen, ferner, ob in denselben gefressen, gestocht und geschlagen wird, ob in den Arbeitsräumen auch Kranke sind u. s. w. Verschiedene Studenten und Privatdozenten der Hochschule haben ihre Mithilfe zugesagt.

Der Konflikt der Londoner Wäckerhelfen mit ihren Weiskern, der zwei Jahre lang gedauert hat, ist nun zu Ende geführt worden, und zwar durch die Annahme der Vorschläge seitens der Unternehmer, die das Einigungsamt der Handelskammer unterbreitete. Danach sind elf Stunden als tägliche Arbeitszeit oder 66 Stunden per Woche festgesetzt worden. Uebergeleitete muß mit 50 pCt. Zuschlag des Tarifs entlohnt werden. Die Löhne sind auf 90, 88 und 86 M. pro Woche festgesetzt worden. — Damit vergleiche man die in Deutschland üblichen Löhne und siehe den Umstand in betracht, daß bei und die Wäckerarbeiter nach dem Gesetz täglich 18 1/2 Stunden, unter Umständen aber bis zu 19 Stunden ausgebeutet werden dürfen.

## Unternehmer-Verbände.

Bereinigte Oberschlesische Walzwerke. Die letzte Generalversammlung konstituirte eine unänderbare Nachfrage in Walzeisen und einen außerordentlich hohen Beschäftigungsgrad der Werke. Der in der Zwischenzeit von der Verkaufsstelle bereits eingeleiteten Preisreduzierung für Walzeisen wurde von der Generalversammlung zugestimmt. Für weitere Verkäufe konnte der Verkaufsstelle wegen des hohen Verpfichtungsstandes nur ein beschränktes Quantum noch freigegeben werden. — Die ober-schlesischen Werke haben sich, nach der „Presse“, dahin geeinigt, bei der jetzigen gewinnbringenden Situation des deutschen Abzugsmarktes die Vortheile der günstigen Konjunktur im Inlande dazu zu benutzen, für die Zukunft, wenn das Abzugsgebiet im inneren Deutschland weniger aufnahmefähig werden sollte, die ausländischen Abzugsgebiete zu erhalten und neue Abzugsgebiete für den deutschen Export mit Rücksicht auf den drohenden amerikanischen Wettbewerb zu erobern.

Ein englisch-amerikanischer Zwirn-Trußt. Von einer neuen großen Vereinigung und zwar einer gemischt anglo-amerikanischen, ist ein Prospektus gleichzeitig in England, den Vereinigten Staaten und Kanada erschienen. Es handelt sich um die Zwirnbranche. Schon in den letzten Jahren wurden theils durch die Firma J. u. P. Coats, theils durch die der Coats'schen Amalgamirung folgende und von Anfang an mit Coats eng lierte English Sewing Cotton Company vereinigt. Nun soll aber der Konkurrenz überhaupt ein Ende gemacht werden, indem sich die großen amerikanischen Establishments

unter einander verständigen und mit den englischen in ein so intimes Verhältnis treten, daß man föhlich von einer allgemeinen Vereinigung sprechen kann. Die neue Kompanie heißt: The American Thread Company und hat 18 Millionen Dollars Kapital. Der Prospektus schätzt die abgenommenen Geschäfte auf circa 15 Millionen Dollars, läßt sich aber auf eine Darlegung der Profite nicht ein, sondern verweist nur darauf, daß die English Sewing Cotton Company 700 000 Stück Aktien abgenommen habe. Die müsse doch wissen, was sie thue. Dabei wird aber doch zugegeben, daß die Profite bisher „durch Unterbietung“ niedergehalten worden sind. Das ist die Kratte. Keine frohe Weihnachtsbotschaft für die armen Näherinnen.

## Soziales.

Arbeiter-Mißth. In der Mälzerei der Silbernagel'schen Brauerei in Oelheim in der Rheinpfalz wurde der Obermälzer Ludwig Meier aus Berchtesgaden von einem Kade der Transmiffion erfaßt und derart gegen ein in der Nähe stehendes Brett geschleudert, daß sein Kopf dasselbe durchschlug. Der Verunglückte war auf der Stelle todt. Bevor die Maschine zum Stillstand gebracht werden konnte, hatte das Rad den Ledermann vollständig zerrissen.

Anfänglich häufig sind jetzt Verunglückungen beim Reinigen der Dampfessel, was darauf schließen läßt, daß es in den betreffenden Betrieben an genügender Ueberwachung dieser Arbeiter fehlt. So wird aus Launenburg gemeldet, daß in der Priester'schen Sändholzfabrik ein jugendlicher Arbeiter sich beim Reinigen des Dampfessels einen Paraffinsack umgehängt hatte, der durch irgend einen Umstand Feuer fing. Der Arbeiter stand im Nu in Flammen und erlitt entsetzliche Brandwunden. Man befürchtet, daß er denselben erliegen wird.

Die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken und die zweckmäßigste Art der Beschränkung dieser Arbeit ist den Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren als Spezialaufgabe für ihre nächstjährige Berichterstattung gestellt worden. Den Anlaß dazu gab eine am 22. Januar d. J. gefaßte Resolution des Reichstages, worin der Reichsanwalt ersucht wird, in den nächsten Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten eine eingehendere Berichterstattung über dieses Thema zu veranlassen.

Eine Zählung, die die verbundenen Regierungen im Jahre 1890 veranfaßten, ergab für ganz Deutschland 130 079 in Fabriken beschäftigte Frauen. Viele Statistik ist nicht fortgesetzt worden. Augenblicklich wird nur die Zahl der weiblichen Arbeiter überhaupt und die der unter oder über 21 Jahre alten Arbeiterinnen festgestellt. Diese Zahlen sind in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegen; die der Arbeiterinnen über 21 Jahre hat sich z. B. in den Jahren 1894—1896 von 383 004 auf 429 313 gesteigert. Einer Schätzung nach würde die Zahl der verheiratheten Frauen, die in Fabriken beschäftigt sind, im letztgenannten Jahre rund 175 000 betragen haben.

Die Beschränkung der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen kann die erwarteten günstigen Folgen nur dann haben, wenn der Arbeiter durch Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts in die Lage gebracht wird, mittels seiner Berufsorganisation den Lohn auf einer Höhe zu erhalten, beziehentlich ihn auf eine solche zu bringen, die es ihm möglich macht, seine Familie ohne Mithilfe der Arbeit der Frau ordentlich zu ernähren. In der Area Stumm, Rosadowetz ist aber nicht daran zu denken, daß die Regierung das Gewerkschaftswesen wirklich fördern werde, und so würde die Beschränkung der fabrikmäßigen Frauenarbeit voraussichtlich nur zur Verschlimmerung der sozialen Lage der verheiratheten Frauen führen. Sie würden in die Hausindustrie und überhaupt zu Handirungen gedrängt werden, die der gesellschaftlichen Kontrolle nicht unterliegen, wo die Arbeitszeit viel länger und die Löhne viel schlechter sind, als in den Fabriken.

Arbeit und Kapital in Schlefien. Nach dem Verwaltungsberichte der Stadt Neurode, deren Bevölkerung sich hauptsächlich mit der Textilindustrie beschäftigt, gab es dort im Jahre 1897/98 7041 Einwohner, während die Zahl der Haushaltungen und Einzelstenernden 2475 betrug. Von letzteren versteuerten 1160 ein Jahreseinkommen von nur 420 M., viele blieben außer Anszug, weil sie nicht einmal dieses Einkommen hatten. Zur Vervollständigung dieser Mittheilung möge die Thatfache dienen, daß in der kleinen Stadt Neurode im Berichtsjahre 197 Pferde, die zum menschlichen Genuß bestimmt waren, geschlachtet wurden.

Und nun ein ander Bild! 731 000 M. Reingewinn, bei einem Aktienkapital von 7 1/2 Millionen, erzielte im letzten Geschäftsjahre die Aktiengesellschaft für Schlefische Leinen-Industrie, vormals G. G. Kramka und Söhne, die in Freiburg i. Schl. und einem halben Duzend anderer Orte Fabrikanlagen besitzt. Im Jahre 1897 betrug das Erträgniß 8 pCt. und der Kurs der Aktien 149,25 pCt.

So ungleich sind des Lebens Güter in der kapitalistischen Gesellschaft vertheilt!

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 2. Dezember. (W. T. B.) In dem Vorort Rothenburgsort wurde heute eine Fallschirmfabrik entdeckt. Es wurde eine Anzahl falscher Zweimorfsstücke und Formen etc. mit Beschlag belegt. Die beiden Fallschirmfabriker, ein Kommiss und ein Maler, welche wiederholt bestraft sind, wurden verhaftet.

Madrid, 2. Dezember. (W. T. B.) Weßlich der Karlistengefahr wird der „Madrider Zeitung“ aus Madrid gemeldet, die Polizei habe auf einen Wink aus dem Auslande hin zwei Mönche in dem Augenblick abgefaßt, als sie nach den östlichen Provinzen abreisen wollten. Es soll sich um einen besonders guten Gang handeln, und man will sogar den Minister des Innern am Bahnhof bemerkt haben. Man fand bei den Mönchen mehrere in einer verabredeten Sprache abgefaßte Briefe vor, die aber nichts Verdächtiges enthielten. Andererseits beobachtete die Polizei verschiedene Versammlungen im Palais des Bischofs. Man glaubt, geheimen Manövern in Madrid selbst auf der Spur zu sein.

Wien, 2. Dezember. (W. T. B.) Reichsraths-Abgeordneter Dr. Max Menger, dem anlässlich des Regierungsjubiläums der Orden der eifernen Krone verliehen wurde, hat in einem Schreiben an den Grafen Thun die Annahme dieser Auszeichnung abgelehnt, weil sie auf Vorschlag des Ministeriums erfolgt sei, gegen welches er aus nationalen und politischen Gründen in entschiedener Opposition stehe.

Paris, 2. Dezember. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Gauthier (Republikaner) brachte einen Antrag ein, wonach die Wahlen zum Senat nach dem Grundfaze des allgemeinen Wahlrechts erfolgen sollen, und verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Dapuy bekämpfte die Dringlichkeit, indem er erklärte, die Kammer werde es sich doch zweimal überlegen, ehe sie sich über einen Antrag schlüssig mache, welcher die Grundlage für die Wahlen zur anderen gesetzgebenden Körperschaft zu verändern bezweckt. Breton bemerkte, der Antrag sei ein Gelegenheitsantrag, gegen welche Bemerkung Gauthier protestirte. Die Dringlichkeit wurde mit 243 gegen 228 Stimmen beschlossen. Hiernach trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Paris, 2. Dezember. (W. T. B.) Die spanisch-amerikanische Friedenskommission begann heute über die Feststellung des Wortlautes für den Friedensvertrag zu beraten; die Arbeiten der Kommission dürften noch etwa zehn Tage in Anspruch nehmen.

London, 2. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Lissabon berichtet das Schiff „Holwein“, es habe den Dampfer „Elan Drummond“ im Meerbusen von Biscaha untergehen sehen. 28 Mann der Besatzung seien gerettet, die übrigen 37 Mann ertrunken.

Wesing, 2. Dezember. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Der Kontrakt betreffend die Verlängerung der Ruischwang-Eisenbahn ist heute ratifizirt worden.

### Ein Markstein in der deutschen Bergarbeiter-Bewegung.

Aus den Kreisen der Bergarbeiter wird uns geschrieben: Die am Sonnabend den 19. November im Ruhrgebiet stattgefundenen Wahlen der Knappschaftskassen sind in mehrfacher Hinsicht sozialpolitisch höchst bedeutsam. Das Wahlergebnis ist höchst wichtig für die Ausgestaltung unserer Berggesetzgebung und giebt Lehren für die Gewerkschafts-Bewegung, die nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Zunächst sei erklärt, was die Knappschaftskassen eigentlich für Befugnisse haben. Das Institut der Knappschaftskassen (Bruderkassen) ist entstanden im Mittelalter; die damaligen Knappen gründeten sich Unterstützungvereine, deren Einnahmen aus den „Nüchsengebühren“, Freizeiten (Knappschaftsanteile der Besche) etc., freiwilligen Spenden der Gewerksamen und Vergleuten sich zusammen setzten. Unterstützt wurden Kranke und invalide Vergleute, aber es wurde auch Kindergeld, Wittwenlohn, Schulgeld, Kirchengeld, Arznei- und Kräftkosten gewährt. Zur Mitverwaltung dieser zum Teil eigenen Schöpfungen der Arbeiter wählten diese „Älteste“, Vertreter der Arbeiter. Die eigentliche Verwaltung hatten der Staat resp. die landesherrlichen Vergleuten inne.

Die „Bruderkassen“ (wie sie noch heute in Oesterreich heißen) haben sich erhalten in den heutigen Knappschaftsvereinen. Ueberblickt man aber den Entwickelungsengang der Kassen, dann bemerkt man deutlich die Tendenz, die Ansprüche der Arbeiter an das Kassenvermögen zu verringern. Im Allg. preuß. Landrecht bestimmen die §§ 218-220 (All. Teil, 16. Titel) über die Ansprüche der Kranken und invaliden Vergleuten und ihre Hinterbliebenen. Davon besagt der § 218, dem Kranken Vergütung sei 4 bezw. 8 Wochen seitens der Grubenbesitzer der volle Lohn auszuführen! Erst nach dieser Zeit tritt die Knappschaftskasse für den Arbeitsunfähigen und seine Angehörigen ein. Hier haben also noch die Unternehmer aus eigenen Mitteln für ihre Kranken und invaliden Arbeiter aufzukommen.

Im Gesetz vom 10. April 1854, welches das Knappschaftswesen für den ganzen preussischen Staat regelt, wird den Unternehmern die alleinige Sorge für die 4-8 Wochen Arbeitsunfähigen genommen und sie den Knappschaftsvereinen, also den Arbeitern, zur Hälfte übertragen. Das Gesetz vom 10. April 1854 bestimmt, ein Krankenlohn sei während der Dauer einer Krankheit zu zahlen; durch das Allg. preuß. Berggesetz vom 24. Juni 1865, § 171, sind die Knappschaftsvereine nur noch gehalten, bei einer Krankheit entsprechenden Krankenlohn zu zahlen. Die Verschlechterung springt in die Augen: Früher mußte während der Dauer einer Krankheit Krankenlohn bezahlt werden, seit 1865 steht es den Knappschaftsvereinen frei, die Bezugszeit des Krankengeldes festzusetzen. Von dem ganzen ist man auf den halben Lohngeld als Krankengeld gekommen.

Welcher Vorteil darin für die Unternehmer liegt, will ich gleich zeigen: In der Geltungszeit der regionalen Bergordnungen (Schlesische, Halberstadt-Magdeburgische, Sächsisch-Stein-Märkische etc.) bis zum Erlaß der Novelle vom 12. Mai 1851, wodurch die Selbstbewirtschaftung der Gruben durch die Gewerke eingeleitet wurde, leitete der Staat den Grubenbetrieb; die Gewerke zahlten nur Zinsbühne oder empfangen Ausbeute. Der Staat hatte kein sehr großes Interesse an einer übermäßigen Ausbeutung der Vergleute, hielt im Gegenteil viel auf deren Zufriedenheit. Auf die Knappschaftskassen waren die Unternehmer ohne Einfluß und dennoch herrschte eine gegen heute liberale Verwaltung gegenüber den Kranken Arbeitern.

Das änderte sich mit der Freigabe des Bergbaues. Die Knappschaftskassen wurden den Grubenbesitzern übergeben, denn der § 180 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 und 1892, welcher befragt: Der Knappschaftsvorstand ist aus Arbeitern und Vergleuten zu gleichen Theilen zu besetzen, giebt praktisch den Kapitalisten die ganze Verwaltung der Kassen in die Hand. Der § 175 des preuß. Berggesetzes bestimmt, die Beiträge der „Werkbesitzer“ sollen mindestens die Hälfte der Arbeiterbeiträge betragen. Da den Unternehmern aber durch Gesetz gleiches Stimmrecht in den Kassenvorständen gegeben ist, sollte die Hälfte der Vorstandsmitglieder Arbeitervertreter sein, so giebt im schlimmsten Falle der Vorsitzende, auch ein Unternehmer, den Ausschlag; heute haben sich in einer großen Anzahl Knappschaftsvereine die Werkbesitzer ihre Beiträge bis auf 50 pCt. der Arbeiterbeiträge ermäßigt! Die Unternehmer behalten aber doch die gleiche Stimmenzahl im Kassenvorstand, wie die doppelte so viel Arbeiter.

Im den Ständen noch größer zu machen, beeinflussten die Unternehmer die Arbeiter bei den Wahlen so arg, daß in einer Reihe von Knappschaftsvereinen im Vorstand nicht ein einziger Arbeitervertreter sitzt. Laut Gesetz können nämlich die Arbeiter den Vorstand zum Gärtner machen und Werkbesitzer als Arbeitervertreter in den Vorstand wählen.

Dieser Vorstand nun bestimmt über die Höhe der Beiträge, des Beamten- und Pensionngeldes etc. Es ist also erklärlich, weshalb die Werkbesitzer so gern im Knappschaftsvorstand „unter sich“ sind. Wo eine kräftige Arbeiterbewegung herrscht, z. B. in Niederschlesien, in dem Ruhrbeden, da wählen die Vergleute sich Älteste, die ihr volles Vertrauen haben; aus den Ältesten wieder werden von diesen die Vorstandsmitglieder der Arbeiter (im Ruhrbeden 15) erwählt. Im übrigen ist es die Obliegenheit der Ältesten, die Befolgung des Statuts bei den Mitgliedern zu überwachen, die Verbindung zwischen Knappschaftsamt, Mitgliedern und Vorstand herzustellen.

Nun speziell zum Ruhrgebiet. Hier tobt seit 1890 ein lebhafter Kampf zwischen der Mitgliedschaft (Arbeiter) im Knappschaftsverein und den Werkbesitzern. Ein Theil der Ältesten (die „Mähigen“) stellt sich bedingungslos auf die Seite der Werkbesitzer, ein bis vor kurzem kleinerer Theil (die „Opposition“) verlangt eine zeitgemäße Ausgestaltung der Kasse, z. B. Erhöhung der Krankenlöhne, Aufbesserung der Pensionen, freie Arztwahl, Vereinheitlichung des Knappschaftswesens in ganz Deutschland, volle Selbstverwaltung der Kasse durch die Arbeiter unter Kontrolle des Staates etc., also zum Teil Maßnahmen, die erst durch ein Reichs-Berggesetz durchzuführen wären.

Von den 73 in Preußen bestehenden Knappschaftsvereinen ist der Bochumer der weitaus größte. 1896 waren in sämtlichen preussischen Knappschaftsvereinen 454 000 Arbeiter versichert, davon allein 166 600 im Bochumer Verein. 1897 betrug der Mitgliederbestand des letztgenannten Vereins 182 141, heute sind 200 000 überschritten.

Die Einnahme betrug 1897:  
Arbeiter-Beiträge 9 043 828,71 M.  
Werkbesitzer-Beiträge 7 067 914,85 M.  
Zusammen 16 111 243,56 M.

Vermögen der Kasse:  
1896: 26 884 197,88 M.  
1897: 31 050 088,63 M.

Diese Zahlen geben ein anschauliches Bild von der großen Bedeutung des Bochumer Knappschaftsvereins.

Seit Jahren wird an den Ruhr-Vergleuten ein himmelstreichendes Unrecht begangen. Sie zahlen zur Knappschafts-Pensionskasse und zur Reichs-Unfallversicherung. Wird der Arbeiter invalide, dann zieht der Knappschafts-Vorstand dem armen Invaliden den Betrag der Reichsrente ab. Nur die 50 M. Reichszuschuß werden den Leuten ausbezahlt. 240-300 M. (je nach den Dienstjahren) zahlt die Knappschaftskasse nicht aus, obwohl die Arbeiter sich durch jährliche Beitragszahlung zur reichsgesetzlichen Altersversicherung ein Anrecht darauf erworben. Das „Recht“ dazu erwarb sich der Vorstand, indem bisher immer 25 Stimmen für, nur 4 gegen die Werkbesitzer stießen, durch den § 90 des Knappschaftsstatuts vom Jahre 1892. Gegen dieses Statut wurde zwar

protestiert bis zum Reichsgericht, aber erfolglos für die Arbeiter. Der Vorstand warf 30 000 M. Arbeitergelder aus, um die Arbeiter mit ihrem eigenen Gelde in ihren Ansprüchen niederzuhalten. Um ein neues Knappschaftsstatut drehte sich seit zwei Jahren der Kampf. Die Werkbesitzer wollten die beiden Renten nicht ausbezahlen und wurden darin von den „Mähigen“ unterstützt. Die Opposition wollte die sich aus den ungerechten Abzügen an der Arbeiterrente ergebenden kolossalen Ueberschüsse (jährlich etwa 4 Millionen M.) zur Aufbesserung der Invalidenpensionen verwenden. Aber das paßte den Unternehmern nicht. Sie wollen einen bestimmten Reservefonds (40 Millionen M.) auf sammeln und dann gedenken sie sich jährlich 25 pCt. ihrer Beiträge, ca. 700 000 M. zu schenken, auf Kosten der invaliden Arbeiter.

Daß sich zu diesen arbeiterfeindlichen Plänen der Kapitalisten noch ausführende „Arbeitervertreter“ fanden, gehört in die Geschichte menschlichen Elends. Aus dem Vorhandensein solcher „Arbeitervertreter“ entstand denn auch der wüthende Kampf innerhalb der Ruhr-Bergmannschaft, von der ein kleiner Theil dumm genug ist, die Pläne der Werkbesitzer nicht zu durchschauen. Dieser kleine Theil wurde aber von der Unternehmerpresse so aufgenutzt, daß am 14. Mai d. J. ein neues Statut angenommen werden konnte, in dem das alte Unrecht in verfallener Form fortbestand. Scheinbar erhöhten Bezüge sieben thatsächlich höhere Beiträge entgegen. Während man früher die Reichsrente den Invaliden abgab, hat man jetzt den Spieß umgekehrt — man zahlt heute die Reichsrente aus und zieht die Knappschaftsrente ab. Bis 1901 wird der genügende Reservefonds aufgesammelt sein und dann scheitern sich die Werkbesitzer 25 pCt. ihrer Beiträge, wenn — die aufsichtsführende Behörde (Oberbergamt) nicht ihr Veto einlegt oder die Arbeitervertreter im Kassenvorstand nicht geschlossen gegen die Werkbesitzer stimmen.

Am 19. November haben nun die Ruhrbergleute ihr Urtheil über das neue Statut und die Handlungsweise der Kapitalisten gesprochen. Nach meinen Aufstellungen, die nicht sehr von dem genauesten Resultat abweichen, sind insgesamt abgegeben:

Für das neue Statut 11 570 Stimmen  
Zweifelhaft 5 380  
Gegen das neue Statut 41 700

Damit ist ein vernichtendes Urtheil über die Profitten unserer noblen Kapitalisten gesprochen. Von den gewählten 200 Ältesten zählen sich zu den:

Zechenparteien . . . 64  
Zweifelhaften . . . 35  
Oppositionellen . . . 161

Die Herrschaft der Zechenpartei, der „Mähigen“ ist also gebrochen. In nicht zu ferner Zeit wird der ausschlaggebende Kassenvorstand nur noch oppositionelle Arbeitervertreter besitzen.

In bezug auf das ansererorts erstirbte Reichs-Berggesetz ist die Wahl vom 19. November höchst wichtig, weil, wie schon gesagt, eine Reihe Programmpunkte der Opposition, z. B. Vereinheitlichung des Knappschaftswesens für ganz Deutschland, nur in einem Reichs-Berggesetz durchgeführt werden können. Die Bergjuristen, z. B. Arndt und Graffert („Zeitschrift für Bergrecht“) lehnen eine reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens ab — wie mehrfach erörtert wurde, angeblich im Interesse der Arbeiter. Nun haben die Mitglieder des größten deutschen Knappschaftsvereins sich für eine deutsche Knappschaftskasse entschieden und aus genauer Kenntniß der Verhältnisse heraus kann ich versichern, daß die Knappschaftsmitglieder in Schlesien und Mitteldeutschland mit der kantonalen Regelung des Knappschaftswesens, die nur dem Kapital nutzt, sehr unzufrieden sind, was sich die Arbeitervertreter im Reichstage, kommt es zur Beratung des Reichs-Berggesetzes, nicht entgegen lassen werden.

Hingewiesen sei noch auf eins: Die Vergleute wollen ganz auf die Werkbesitzer-Beiträge verzichten und verlangen nur den Betrag der Unternehmergefälle am Lohn zugelegt, um dann die gesammelten Kosten der Knappschaftsversicherung allein aufbringen zu können. Würden die Werkbesitzer aus dem Knappschaftsverband treten und die bisher gezahlten Beiträge den Arbeitern am Lohn zulegen, so würde an dem status quo nichts geändert. In den Geschäftsberichten der Zechengesellschaften werden schon jetzt nicht nur die Knappschaftsbeiträge der Unternehmer, sondern auch lächerlicherweise die der Arbeiter als Geschäftsunkosten bezeichnet und oft genug wird den Arbeitern gesagt: „Bedenkt nur, was wir für Knappschaftsgefälle für Euch zahlen.“ Seit 1895, wo die preussische Bergwerkssteuer „außer Gebrauch gesetzt“ wurde, zahlen die Zechen viele tausende Mark mehr ein, die sie früher als Steuer zahlten; und um nun immer noch als nothwendig zu gelten, legt man die Beiträge der Arbeiter ins Ausgabebuch. Wird den Arbeitern die volle Selbstverwaltung bezw. wird ihnen die Aufbringung der Gesamtkosten direkt auferlegt, dann erst bestehen die neuesten Abrechnungen der Zechen zu recht.

Und nun zum Schluß zur gewerkschaftlichen Bedeutung unserer Kassenwahlen.

Zum ersten Male traten am 19. November die beiden Bergarbeiter-Verbände im Ruhrbeden im großen Wahstabe als Konkurrenten auf. Sowohl der Bergarbeiter-Verband wie auch der Christliche Gewerbeverein der Vergleute bewarben sich um Ältestensitze.

Um eine nur dem Kapital nützende Zerstückelung der Stimmen zu vermeiden, verständigte sich die Leitung des „alten Verbandes“ mit der des Gewerbevereins; überall dort, wo der Verband herrsche, solle dieser, wo der Gewerbeverein am stärksten sei, er die Kandidaten stellen, für die dann beide Verbände gemeinsam stimmen wollten. Was geschah? Kurz nach der noch nicht formell vollzogenen Abmachung zwischen Möller und Brust schrieb der letztere, der alte Vorstand dürfte keine „ausgesprochenen Sozialdemokraten“ aufstellen, da die Gewerbevereiner dafür nicht stimmen würden. Der Verbandsvorstand lehnte selbstredend eine politische Beeinflussung der Vergleute ab und stellte sich auf den gewerkschaftlichen Standpunkt: Mag der Kandidat politisch oder religiös sein wie er will, ist er ein organisirter, intelligenter und ehrlicher Arbeiter, dann wählen wir ihn. Auf Grund dieses Bescheides ließ der Gewerbevereins-Vorstand ein Zirkular los, in dem die christlichen Vergleute aufgefordert wurden, gegen die Mähigen und gegen den sozialdemokratischen Verband zu kämpfen.

Im Laufe der Wahlagitacion geschahen nun die heitersten Sachen. In nicht weniger wie 16 Fällen kämpfte der Gewerbeverein mit der Zeche gegen den Verband. In Essen, wo beide Verbände sich einigten, forderte die Essener „Volks-Ztg.“ (Merksal) die Essener Vergleute auf, alle Mähigen zu stützen, in derselben Nummer des Blattes wurden die Altendorfer Vergleute (eine Viertelstunde von Essen) angehalten, den frechen „sozialdemokratischen Verbänden“ die Spitze zu bieten. Auf einigen Stellen rebellirten die christlichen Vergleute gegen ihren Vorstand, weil er Zerstückelung trieb; der Vorstand mußte sich dann zu Konzessionen herbeilassen. In anderen Bezirken vertheilten die Gewerbevereiner Flugblätter, worin es hieß: Nieber mit allen Mähigen! — und „agitirten“ mit eben denselben Flugblättern für den mähigen Zechenkandidat, der auch Gewerbevereinsmitglied war. Die Folgen dieser ungläublichen Desorganisation zeigten sich am Wahltag.

Es wurden gewählt und erhielten Stimmen:  
16 Zechen-Gewerbevereiner . . . 3 160 Stimmen  
57 oppositionelle Gewerbevereiner . . . 14 900  
104 Verbandsmitglieder . . . 26 800

Diese Ziffern werfen das ganze Geprähle von dem „Ueberflügen des sozialdemokratischen Verbandes durch den christlichen Gewerbeverein“ („Soziale Praxis“) über den Haufen. Der 19. November 1898 hat gezeigt, daß die Ruhrbergleute in praktischen Fragen dem folgerichtigen Vorgehen des alten Verbandes am meisten Beifall zollen.

Die verheerende, janatische Richtung im Gewerbeverein, deren Nährväter die Kapläne sind, haben eine fürchterliche persöhnliche Schlappe erlitten; das fühlen die Leute denn auch so sehr, daß sie es sogar „vergessen“, das sie beschämende Wahlergebnis zu veröffentlichen. Die verhältnißliche, vernünftige Richtung im Gewerbeverein, dessen Vorsitzender Wahl-Wattenfeld neulich aus dem Gewerbevereins-Vorstand gestiegen wurde, hat große Triumphe gefeiert. Ob dieses offizielle Resultat aber zugefanden wird, ist bei dem bekannnten Unselbstbestimmten auch des jugendlichsten Kaplans billig zu bezweifeln.

Der alte Verband hat seine Erfolge nur seiner in den letzten Jahren beobachteten gewerkschaftlichen Haltung zu verdanken. Innerhalb der Organisation haben politische und religiöse Bezüge nichts zu besagen, außerhalb des Verbandes mag und darf jeder thun, wie ihm beliebt; mit dieser Devise ist der so oft todtsagte „alte Verband“ zu neuem Leben erweckt, damit errang er seine Erfolge und mit ihr wird er alle Gegenverbände überdauern.

Wäre nur diese Erkenntniß eine Frucht der letzten Knappschaftswahlen im Ruhrbeden, dann schon allein bedeutete sie einen Markstein in der deutschen Bergarbeiter-Bewegung.

### Der Erfurter Beleidigungsprozeß.

Im Anschluß an die gestrigen Mittheilungen wird uns noch aus Erfurt berichtet: Wie schon in den Vorberichten über die soeben zu Ende gegangenen Prozesse über die Mai-Krawalle gemeldet worden ist, hat der Polizei-Inspektor Meyler gelegentlich einer Auslage die Aeußerung gethan, daß die „aufreizenden Reden der Stadtverordneten“ und die Presse betreffs der Ursachen der Krawalle unrichtig seien. In der heute (1. Dezember) stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung wies der Vorsitzende, Rechtsanwält Dr. Wehmann, auf die Krawallprozeße hin und legte im Namen des Stadtverordneten-Kollegiums entschieden Verwahrung dagegen ein, daß ein städtischer Beamter derartige Aeußerungen sich herausnehme. Ihm sei von aufreizenden Reden nichts bekannt, und wenn sonst im Kollegium etwas gesagt würde, was im Interesse der Stadt nothwendig war, so sei das nicht nur das Recht, sondern die Pflicht eines jeden Stadtverordneten. (Allgemeine Zustimmung.) Oberbürgermeister Dr. Schmidt sprach gleichfalls sein Bedauern über die Zeugenaussage des Polizei-Inspektors aus. Der Vorsitzende des Stadtverordneten-Kollegiums hielt nach dieser Stellung des Oberbürgermeisters als Chef der Polizeiverwaltung eine weitere Diskussion für überflüssig.

Ueber die Gerichtsverhandlung wird uns noch mitgetheilt: Ueber die gestern bereits kurz gemeldeten Aussagen der Stadtverordneten sei ihrer Wichtigkeit wegen noch folgendes nachgetragen: Stadtv. Kämmerer sprach sich der Worte des Oberbürgermeisters in der denkwürdigen Stadtverordneten-Sitzung nicht mehr genau entsinnen, der Sinn derselben war für ihn bezw. für die meisten Anwesenden der, daß die Sozialdemokratie als die Urheberin der Krawalle bezeichnet wurde.

Rechtsanwalt Heine: War Ihnen bekannt, daß mannigfache Klagen über den Polizei-Inspektor Meyler vorlagen? Ich will mit Rücksicht auf Herrn Meyler Einzelheiten vermeiden, die den Anschein erwecken könnten, als wollten Sie etwas für Herrn Meyler in disciplinarischer Beziehung Belastendes auslegen.

Zeuge Kämmerer: Ich habe privatim von Bürgern Klagen gehört, im Plenum ist darüber nicht verhandelt worden.

Rechtsanwalt Heine: Hat der Oberbürgermeister in einem Privatgespräch in seinem Dienstzimmer zu Ihnen gesagt: Wenn Sie damals meiner Anregung gefolgt wären und Meyler pensionirt hätten, dann wäre die Sache nicht so schlimm geworden?

Zeuge behält diese Frage.

Oberbürgermeister Dr. Schmidt: Etwas deraartiges habe ich nicht gesagt. — Zeuge: Jedenfalls habe ich dann Ihre Aeußerung so aufgefaßt. — Rechtsanwalt Heine: Ist der Oberbürgermeister vielleicht etwas heftig gewesen? — Zeuge Kämmerer: Wenn auch nicht heftig, so waren wir beide doch lebhaft erregt.

Oberbürgermeister: Ich erinnere mich wohl, Herrn Kämmerer mein Bedauern ausgesprochen zu haben, daß Herr Meyler damals nicht pensionirt worden ist.

Zeuge Stadtv. Möller ist auch der Meinung, daß mit den Worten des Oberbürgermeisters mit voller Sicherheit die Sozialdemokratie gemeint gewesen sei. Er hielt dies für ein recht gefährliches Beginnen, eine Gruppe Parteimitglieder für die Vorgänge verantwortlich zu machen, weil er sich sagte, daß die Angehörigen dieser Partei sich dagegen wehren würden und dadurch eine unangenehme Fortsetzung der allgemeinen Aufregung eintreten würde. Außerdem habe sich nach seiner Meinung der Oberbürgermeister mit seiner Auffassung in Gegensatz zu der Wahrheit der Bürgerkraft gesetzt, die Zeuge (er ist langjähriger Stadtverordneter, 2. Kl.) zu kennen glaube. Deshalb habe er es für nothwendig gehalten, dem Oberbürgermeister zu erwidern, obwohl er durchaus kein Sozialdemokrat sei. Nach seinem Urtheil, gewonnen auch aus Unterhaltungen mit einer großen Anzahl guter, angelegener Bürger, trage die Polizei einen guten Theil der Schuld, weil sie es an ruhigem, sachlichem Vorgehen habe fehlen lassen und sich der Erfüllung ihrer Aufgabe in einem solchen Falle nicht gewachsen gezeigt habe. Er habe dann auch der Mehrzahl der Stadtverordneten den Vorwurf gemacht, daß sie mit Inauid daran seien, weil sie nicht der damaligen Anregung des Oberbürgermeisters auf Pensionirung Meylers gefolgt seien.

Nach einigen unwesentlichen Auseinandersetzungen über den Verlauf der Stadtverordneten-Sitzung erscheint Zeuge Stadtv. Wolf, der ausfragt, die Aeußerungen des Oberbürgermeisters habe er auf die sozialdemokratische Presse, insbesondere auf die „Tribüne“ bezogen.

Rechtsanwalt Heine: Hat nicht Regierungs-Präsident von Brauchitsch zu Ihnen gesagt, Sie möchten in der bevorstehenden Stadtverordneten-Sitzung den Oberbürgermeister unterstützen? Es würde sich schon Gelegenheit finden, Meyler nachher zu befechtigen oder ihm sonstwie beizukommen?

Zeuge Wolf: Dem Sinne nach ja.

Hiermit schließt um 11 Uhr die Vernehmung und nach kurzer Pause beginnen die Plaidoyers.

Der Staatsanwalt will Puppe mit 100 M., Rudolph mit einem Monat Gefängniß bestrafen wissen. Rechtsanwalt Heine bittet, höchstens auf eine geringfügige Geldstrafe zu erkennen.

Leider können wir wegen Raummangels die ausgezeichnete Beleidigungsrede des Rechtsanwalts nicht wiedergeben.

Nach 11/ständiger Beratung verläßt der Gerichtshof folgendes Urtheil: Angeklagter Rudolph wird wegen öffentlicher Beleidigung des Oberbürgermeisters Dr. Schmidt, begangen durch die Presse, in zwei Fällen unter Freisprechung, in zwei weiteren Fällen zu je 3 Wochen, insgesamt zu einem Monate Gefängniß, Angeklagter Puppe wegen öffentlicher Beleidigung in einem Falle zu

100 M. Geldstrafe kostenpflichtig verurteilt. Dem Beleidigten wird Publikationsbefugnis zugesprochen.

Aus der Urtheilsbegründung ist hervorzuheben, daß dem Angeklagten Rudolf zwar der Schutz des § 108 zuzubilligen sei, aus den beiden Artikeln gehe jedoch die Absicht der Beleidigung hervor. Dem Angeklagten Wapke wird zur Last gelegt, daß er wohl für seine Resolution eine Form hätte finden können, die den gleichen Gedanken, aber ohne beleidigende Ausdrücke, aussprach.

### Kommunales.

**Petition wegen der Fleischtheuerung.** In bezug auf die Abänderung einer Petition an den Reichstanzler wegen der Fleischtheuerung hat das Magistratskollegium beschlossen, dem Beschlusse der betreffenden gemischten Deputation beigetreten und demgemäß die von dem Direktor Hausburg ausgearbeitete Petition dem Reichstanzler einzureichen. Ferner sollen die erforderlichen Exemplare dem Reichstanzler zugehen. Der Stadtverordneten-Versammlung soll von diesem Beschlusse Kenntnis gegeben werden, da die Anregung zu dieser Petition von dem Stadtverordneten Kalksch gegeben ist.

**Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Feststellung neuer Fluchtlinien für die Landsbergerstraße von der Alexanderstraße bis zur Kleinen Frankfurterstraße und Kurzen Straße hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die Verbreiterung der Landsbergerstraße von der Kleinen Frankfurterstraße bis zur Alexanderstraße nach dem Vorschlage des Magistrats auf der nördlichen Seite vorzunehmen. In günstiger Einmündung in die Alexanderstraße soll die Landsbergerstraße aber auch auf der kleinen Strecke von der Kurzen bis zur Alexanderstraße auf der Südseite verbreitert werden. Dabei soll für das Grundstück Landsbergerstr. 66/67, Ecke Kurzenstraße 1, das erst vor einigen Jahren neu erbaut worden ist, die alte Fluchtlinie bestehen bleiben, so daß auf der Südseite nur die Grundstücke Landsbergerstraße 66/64 und Alexanderstraße 44 angegriffen zu werden brauchen. Ein Antrag, die Durchführung der neuen Fluchtlinie binnen längstens 15 bis 20 Jahren zu bewirken, wurde abgelehnt und dagegen einstimmig beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, von einer Fristbestimmung für die Durchführung abzusehen.**

**Der Vertrag mit den Elektrizitätswerken.** Das Magistratskollegium hat den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung in bezug auf den Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken zugestimmt. Nimmere wird der Magistrat mit der Direktion der Gesellschaft in Verhandlungen treten über den Abschluß des Vertrages und insbesondere auch, um den noch unerledigten Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages zur Feststellung zu bringen.

**Um dem in der Magistrats-Bibliothek herrschenden Raumangel abzuhelfen,** hat das Magistratskollegium beschlossen, das Erdgeschoss des städtischen Markthallengebäudes in der Zimmerstraße für Bibliothekszwecke provisorisch einzurichten zu lassen. Es sollen dorthin in die früher von der städtischen Sparkasse benutzten Räume die Zentralverwaltung der städtischen Volksbibliothek und Befehlsstellen, die Friedländer'sche Bibliothek nebst kleineren Theilen der Magistratsbibliothek verlegt werden. Ebendort soll die städtische Bibliothek kommen, die gegenwärtig gleichfalls in ganz unzureichenden Räumlichkeiten des städtischen Gebäudes Klosterstraße 18 untergebracht ist. Im Rathhause wird nur die eigentliche Geschäftsbibliothek der städtischen Verwaltung und die Hausbibliothek des Stadtkanzlers verbleiben. Für prätere ist die Errichtung eines eigenen Bibliothekgebäudes in Aussicht genommen.

### Lokales.

**Genossen und Genossinnen!** Heute Abend findet in den Arminkassen das vom Wahlverein des ersten Wahlkreises veranstaltete Familienfranzösisch statt. Willkür sind in den Zahlstellen zu haben. Einen genährlichen Abend versprechend, bittet um zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

### Die Waise am Blökensee

hat infolge der bekannten Durchsticherei-Prozesse neuerdings wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken gesucht. Haben die Vorgänge vor Gericht, die ja mit schwerer Bestrafung der angeklagten Gefangenenaufsicht endigten, schon manches an Licht gefördert, was dem Unbetheiligten Spanisch vorzukommen mag, so ist eine „Entscheidung“, die der antisemitische Redakteur G. D. Anort in die Presse zu lancieren für gut befunden hat, erst recht geeignet, die feste Burg, die der preussische Staat sich im Nordwesten der Hauptstadt zu errichten wußte, in den Schimmer einer fast zauberhaften Beleuchtung zu rücken. Herr Anort hatte in Blökensee zwei Monate wegen Preisvergehens abzusitzen. Nach seinen Behauptungen haben Heimgemüthen ihm die Quaken der Gefangenenschaft nach Kräften erleichtert; mit Behagen erzählt er, wie ihm Zigaretten, Zeitungen, Musik, Bier, Schreibzeug und namentlich Geld in einer Kiste zugestekt worden ist, die es fast seitam erscheinen läßt, wie ein Mann, der dann später nochmals zu Gefängnis verurteilt wurde, sich der Abkündigung dieser Strafe durch die Flucht entziehen konnte. Herr Anort hat sich in seiner journalistischen Laufbahn nicht immer als der zuverlässigste erwiesen, und so wollen wir denn nicht untersuchen, ob seine Mittheilungen auf Wahrheit oder auf Fiktion beruhen. Auch wollen wir nicht, wie dies hier und da geschieht, ob der enthaltene Dinge in Moralitätsbetracht machen. Dem Gefangenen, dem im Gefängnis eine Ernährung zugemutet wird, an der sein Körper unbedingt Schaden leiden muß, kann man es wahrlich nicht verdenken, wenn er, dem Gebot des Selbsterhaltungstriebes folgend, die zur Stärkung der angegriffenen Gesundheit notwendigen Nahrungs- und Genußmittel sich auf Umwegen zu verschaffen sucht. Wenn wir uns überhaupt bei dieser Gelegenheit mit den Zuständen in Blökensee befassen, so geschieht es, um zu konstatieren, daß es unserer gewiß kompetenten Vernehmung nach sozialdemokratischen Redakteuren seit den Zeiten des Herrn Most niemals möglich war, auf geradem noch auf ungeradem Wege eine irgendwie nennenswerthe Erleichterung der Gefängnishaft zu erlangen. Diese Männer kamen meist in einem Zustande aus dem Gefängnis, der ob ihres Gesundheitszustandes die schlimmsten Befürchtungen weckte und zuweilen eine monatelange Erholungsstube notwendig machte. An ihnen hat sich das von Quittamer dereinst im Reichstag nonchalant hingeworfene Wort, daß die Gefängnishaft nur einmal notwendig mit einer Schädigung der Gesundheit verbunden sein müsse, nur zu buchstäblich erfüllt.

Heutigen Tages ist bei den Staatsrettern ja Hoffheit Trumpf. So zweifeln wir denn auch nicht daran, daß es in ordnungsgemäßen Kreisen Leute giebt, die eine Art Gemüthskur notwendig empfinden, daß die heute noch übliche rüchliche Gefangenbehandlung wenn nicht an anderen Leuten, so doch wenigstens an den verhafteten Sozialdemokraten voll und ganz ihre schädigende Wirkung ausübt.

**Merhand alberner Hohnspruch** wurde am Mittwoch Abend in der Gegend des Friedrichshains getrieben. Dort kam der „Staatsbürger-Zeitung“ zufolge eine Antisemitenversammlung auf den Einfall, sich in ihrer Weise mit verschiedenen Angelegenheiten der Berliner Bevölkerung zu befassen. Es mochte noch hingehen, daß auf die städtischen Behörden gescholten wurde, weil sie nicht eifrig genug die Mahregelung pflichttreuer jüdischer Lehrkräfte vollziehen. Widerwärtig wurde die Sache erst, als die Versammelten den Friedhof der Märzgefallenen in ungeschicklichen Gebahren antasteten. Nachdem ein Pastor namens Koch eine Rede über den „Revolutionen-Friedhof“ gehalten hatte, nahm man folgende Resolution an: „Die

Versammlung von Bürgern aus der Umgegend des Friedrichshains erhebt gegen die fortgesetzte Verherrlichung der Revolution und die unzulässige Behandlung politischer Fragen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung lauten Widerspruch. Insbesondere hält sie es für zeitgemäß, entsprechend der Resolution vom 8. Juni 1880, den längst geschlossenen Friedhof zu beiseitigen. Sie richtet an Se. Excellenz den Herrn Minister des Innern die dringende Bitte, in eine Ausschmückung dieses Revolutions-Friedhofes in dem von der Berliner Stadtverwaltung geplanten Sinne nicht zu willigen, vielmehr zu veranlassen, daß dieser durch die alljährlichen, in der Gegend des Friedrichshains vorgehenden erregenden Demonstrationen der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie entweihte Platz planirt und dem Friedrichshain einverleibt werde.“

Es hat ja wenig zu bedeuten, wenn in irgend einem Wirtschaftshause ein paar thörichte Ungenüchlichkeiten ausgesät werden. Bleiben Leute, die an solchen Scherzen Gefallen finden, hübsch im Verborgenen, so mag ihr Treiben ebenso hingehen, wie man einen jeden Postnachlässiger positieren läßt. Hässlich wird die Sache erst, wenn man sich derartiger Sittenwidrigkeiten öffentlich in Versammlungsberichten rühmt. Was würde in den zerstörungswüthigen nationalen Kreisen z. B. für ein Geschrei entstehen, wenn eine Anarchistenversammlung etwa auf den Einfall käme, in einer Resolution die „Planirung“ irgend welcher preussischer Königsgräber zu verlangen?

**Die feierliche Empfänge entstehen.** Zur Einzugfeier des Kaisers in Berlin berichtet die „Freie P. Z.“: Vorgehen (am Mittwoch) erschien der Polizeipräsident bei dem Bürgermeister Kirchner und machte ihm die erste Mittheilung von dem von dem Kaiser beabsichtigten feierlichen Einzug in Berlin. Er bezeugte es als den besonderen und ausdrücklichen Wunsch des Kaisers, beim Einzug am Brandenburger Thor durch den Bürgermeister Kirchner, Magistratspersonen und Stadtverordnete empfangen zu werden. Der Bürgermeister ließ sich zu diesem Empfang durch eine nachfolgende Sitzung des Magistratskollegiums bedenklichen. Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hatte seitdem nicht stattgefunden. Die Fraktionen, in denen Bürgermeister Kirchner am Dienstag Abend erschien, um von der Sachlage Mittheilung zu machen, erklärten, die Erfüllung des ihm übermittelten Wunsches des Monarchen seiner eigenen Entschliebung überlassen zu müssen. Demgemäß haben der Bürgermeister, der Stadtverordnete-Vorsteher und mehrere Mitglieder des Magistrats und Stadtverordnete dem Wunsch des Kaisers entsprochen und ihm am Brandenburger Thor als von der Palästinareise zurückgekehrt begrüßt. Außerdem ist höherer Orts der Befehl ergangen, alle öffentlichen Gebäude zu besetzen.

**Das Reichs-Postamt hat bestimmt,** daß vom 15. Dezember ab bei Besuchen im Fernverkehr, die deshalb nicht zu Stande kommen, weil der gewünschte Teilnehmer, sei es wegen zeitweiliger Abwesenheit, sei es wegen geschützter Leitung, nicht zu errufen ist, der gerufene Teilnehmer durch die Anstalt, an die er angegeschlossen ist, eine entsprechende Nachricht erhält. Diese Nachrichtigung, die unentgeltlich erfolgt, hat im Ortsbezirk durch die Telegraphenboten, außerhalb des Ortsbezirks durch die Post zu geschehen, sofern sich die Nachrichtigung nicht durch den Fernsprecher übermitteln läßt, was zunächst zu versuchen ist. Zu den Nachrichtigungen werden Postkarten mit entsprechendem Vordruck verwendet, die in Berlin als Nachpostsendung zu behandeln sind.

**Weihnachtsmarkt.** Der Polizeipräsident theilt mit: Der diesjährige Weihnachtsmarkt beginnt am 12. und dauert bis zum 27. Dezember einschließlich. Am 28. d. Mts., früh 8 Uhr, müssen sämtliche Euben und Verkaufsvorrichtungen von den Straßen und Plätzen fortgeschafft sein. Die für den 18. und 25. Dezember d. J. getroffenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe finden auch auf den Weihnachtsmarkt Anwendung.

**Um Fall Viehen.** An den Aufschlagskäulen ergeht jetzt die Einladung zu der öffentlichen Versammlung am kommenden Sonntag, 4. d. M., mittags 12 Uhr, im Konzerthaus, Leipzigerstr. 48. Dem Viehen-Komitee ist neuerdings auch Herr Hart Hauptmann beigetreten.

**Mordversuch und Selbstmord.** Im Hause Schumannstr. 15 hat gestern Vormittag der Schuhmacher Halbroyth seine Frau Antonie, geb. Wexelmeier, zu tödten versucht und sich dann selbst durch einen Revolverbeschuss getödtet. Der vor noch nicht drei Jahren verheiratete Mann war lungenleidend und eifersüchtig, so daß er mit seiner Frau, die allein durch ihre Arbeit den Haushalt bestreiten mußte, oft in Streit gerieth. Schon vor ungefähr Jahresfrist ankerte er einmal, daß er seine Frau noch erschießen werde, und vor etwa sieben oder acht Monaten machte er auch, als ihn eines Tages ein bestiger Anfall seiner Krankheit plegte, den Versuch, es zu thun. Gestern Vormittag um 11 Uhr hörten die Hausgenossen der im Dachgeschoss gelegenen Wohnung plötzlich ein Hillegeschrei und das Schreien eines Schusses. Dann gab es ein Rärmen und Poltern wie von einem Ringkampf. Bald darauf stürzte Frau A. aus ihrer Wohnung heraus und lief in den zweiten Stock hinauf zu einem ihr bekannten Schneidermeister. Dieser nahm die blutende Frau auf und legte sie in der Werkstatt auf ein Bett. Der Hausverwalter holte die Polizei und diese ließ die Frau mit einem Wagen der Charite in dieses Krankenhaus bringen. A. hatte sich unterdessen in seiner Wohnung eingeschlossen hier alles, was darin war, Papiere, Kleider etc., durcheinander geworfen und sich dann durch einen Schuß in den Kopf getödtet. Seine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht, nachdem die Polizei die Wohnung erbrochen hatte. Frau A. hat einen Schuß in den Unterleib bekommen. Sie war gestern Abend noch am Leben. Die Verletzung ist zwar schwer, doch hofft man die Frau durchzubringen. Die Angel wird durch eine Operation aus der Wunde entfernt werden müssen.

**Eine Inangewinnung für das Korbmacherhandwerk** soll, wie polizeilich mitgetheilt wird, zum 1. April 1889 in Berlin errichtet werden.

**Der vor 14 Tagen** in Untersuchungshaft genommene Färber August Staats, welcher von seiner Ehefrau beschuldigt wird, hinterläßt nach ihr geschossen und sich damit eines Mordversuchs schuldig gemacht zu haben, ist auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwandt, der seine Vertheidigung übernommen hat, nunmehr wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Beschuldigungen der Ehefrau, die schon dadurch an Bedeutung verlieren, daß das Ehepaar in Ehecheidung liegt, müssen hiernach nicht ausgerichtet haben, um den Verdacht eines so schweren Verbrechens aufrecht zu erhalten.

**Ein großer Einbruchdiebstahl** ist in der gestrigen Nacht zwischen 8 und 4 Uhr bei dem Uhrmacher und Goldwarenhändler Siegfried Simonis in der Thurmstr. 79 verübt worden. Aus dem Schaufenster, das eben erst neu ausgestattet worden war, und aus dem Ladentisch erbeuteten die Spitzbuben allerhand Sachen im Werthe von etwa 8000 M.: 48 goldene Herren- und 56 goldene Damenringe, 10 goldene Armbänder, 9 goldene Broschen in Sternform und 50 andere, ebenfalls goldene Broschen, goldene Manschettenknöpfe, 20 Paar goldene Ohrringe, mehrere Befeste und andere Silberfachen. In einem Zimmer hinter dem Laden lagen noch mehrere Kästen mit Schmuckfachen. Die Einbrecher sahen auch diese, entdeckten aber, da sie mit großer Vorsicht zu Werke gingen, zugleich, daß die Thür mit einer elektrischen Lärmglocke versehen ist. Dieses Hinderniß suchten sie durch Zerschneiden der Leitung zu überwinden, stellten aber dabei gegen ihren Willen einen Kontakt her. Die Lärmglocke weckte Simonis und seine Frau, die in einem zweiten Zimmer hinter dem Laden schliefen. Beide sprangen auf und eilten nach dem Laden, aus dem die Einbrecher sich aber schon entfernt hatten.

**Feuerbericht.** Drei Petroleumbrände waren am Freitag abgesehen und zwar Bogenstraße 27, Exerzierstraße 6 und Solmsstraße 28. In sämtlichen Fällen konnte größerer

Gefahr rechtzeitig vorgebeugt werden. Moonstraße 9 war ein Dielenbrand zu befeitigen, während Hagelbergerstraße 25 Papier und Strohhalm einen unbedeutenden Brand verursachten.

**Die Kunst-Schaubühne** (Direktor Dr. Köppen und Dr. Süßner) veranstaltet morgen (Sonntag) Nachmittag 5 Uhr im wissenschaftlichen Theater der alten „Arana“, Invalidenstr. 57-62, zum ersten Male einen Vortrag des Schriftstellers Eugen Löwen über „Architektur in Berlin“, mit vielen Original-Lichtbildern.

### Aus den Nachbarorten.

**Der Arbeiter-Bildungsverein für Friedenau-Steglich** tagt am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Schellhase, Ahornstr. 15, Steglich. Es wird ein gewerkschaftlicher Vortrag gehalten.

**In Spandau** siegte gestern bei der Stadtverordneten-Erwahl der Wischmasch mit knapper Mehrheit über den Arbeiter-Landboten Schröder.

**Aus Rixdorf.** In halberstarrtem Zustande wurde in der Nacht zum Donnerstag die 57 Jahre alte unberebelichte Frieda Maitre aus Berlin auf den Rixdorfer Wiesen aufgefunden und der hiesigen Polizei zugeführt. Dort gab die M. an, sie habe aus „unglücklicher Liebe“ den Tod durch Erfrieren suchen wollen, nachdem sie schon zwei mißlungene Selbstmordversuche gemacht habe. — Eine neue Spezialität von Dieben treibt gegenwärtig in unserem Orte ihr Unwesen. Dieselben haben es auf messingene Thürklinen abgesehen. In den letzten Nächten wurden von zahlreichen Handthüren die Klinen gestohlen, doch ist es noch nicht geglückt, die Thäter zu ermitteln.

**Die Anlage einer Ammoniakfabrik** auf dem Grundstüd der Berliner städtischen Gasanstalt in Schmargendorf ist vom Kreis-ausschuß des Kreises Teltow auf Einspruch der benachbarten Besitzer nicht zugelassen worden.

**Die Klagen über den Raubmord** am dem Handelsmann Kühle auf der Schönwalderstraße sind dem „Anz. f. d. S.“ zufolge gestern von der Polizei in Spandau dem Untersuchungsrichter zugeführt worden. Eine Verhaftung ist in der Sache noch nicht erfolgt, indessen finden fortgesetzt Vernehmungen statt.

**Die Errichtung einer städtischen Krankenkasse** hat der Magistrat von Charlottenburg bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen beschlossen. In diese Kasse sollen sämtliche im Dienste der Stadtgemeinde beschäftigten Personen aufgenommen werden. Auf sie soll die Versicherungspflicht ausgedehnt werden, so weit sie nicht schon in der Krankenkasse der städtischen Gasanstalten versichert sind.

### Gerichts-Zeitung.

**Was man nicht denken kann,** sieht man als großen Unfug an. Nach dieser im weiten Deutschen Reich geübten Regel wird nunmehr auch wieder in Berlin an Gerichtsstelle gehandelt. Das Schöffengericht hatte sich gestern mit einer Auflage zu befassen, die gegen den Redakteur der antisemitischen Zeitung „Der arme Konrad“ erhoben war, ein Organ, aus dem der Gerichts-Verichterstatier, wie bekannt bemerkt ist, irrtümlich ein sozialdemokratisches „Witzblatt“ gemacht hat. Verantwortlicher Redakteur der Zeitung ist der Ruschneider Franz Rubbert.

In der Nr. 40 der genannten Zeitschrift erschien ein Artikel mit der Ueberschrift „Die drei Haare Bismarck's“. Es wurde zum Beweise dafür, in welcher Weise der Patriotismus zu geschäftlichen Zwecken ausgebeutet und in wie lächerlicher Art Personellust betrieben werde, auf das Gebahren eines Barbiers in Bergedorf hingewiesen, welcher dem kaiserlichen Bismarck während seiner letzten Lebensjahre die Haare geschnitten habe. Der talentvolle Haarfriseur habe alle Abfälle vom Haupte Bismarck's sorgfältig gesammelt und sich deren Echtheit amtlich bescheinigen lassen. Nach dem Tode des kaiserlichen Bismarck lasse der Friseur kleine Medaillons und sonstige Schmuckfachen anfertigen, denen er drei Haare Bismarck's einverleibe und dann für hohe Preise an den Mann zu bringen suche. An diese Mittheilung knüpfte sich folgende an sich ja gewiß nicht sehr geschmackvolle Bemerkung: „Wir freuen uns schon darauf, nächstens berichten zu können, für welche neu zu erbauende Kirche die Hühnchen Bismarck's als Altardecken bestimmt werden.“ Wegen dieser Bemerkung war Anklage wegen groben Unfuges erhoben worden. Der Beschuldigte erklärte, daß er etwas Antijüdisches in dem Artikel nicht zu finden vermöge. Amtsanwalt Pieschel war anderer Ansicht, er beantragte gegen den Angeklagten eine Haftstrafe von vier Wochen. Der Vorsitzende, Amtsrichter Ljicki, unterzog bei der Urtheilsverhandlung den Artikel einer merkwürdigen Kritik. Dem Gerichtshof sei ein größerer Unfug, wie der vorliegende, wohl kaum je vorgekommen. Hätte der Angeklagte sich darauf beschränkt, das Geschäftsgebahren des betreffenden Friseurs, wie geschehen, in scharfer Weise zu beleuchten, so hätte man dies hingehen lassen können. Aber der beanstandete Passus siehe zu dem ersten Theil des Artikels in gar keiner Verbindung. Der Angeklagte habe die religiösen Gefühle Anderedenkender in der gemeinsamen und unanständigen Weise verletzt, es sei kaum fahrlässig, wie er einen derartigen vergifteten Artikel in seinem Blatte aufnehmen konnte. Der Gerichtshof habe deshalb keinen Anstand genommen, auf die höchste zulässige Strafe — sechs Wochen Haft — zu erkennen. Hoffentlich legt der Verurtheilte Vernunft ein.

**Die Redakteure antisemitischer Blätter und Blättchen,** die ihre Mitmenschen oft in der rüdesten Weise beschimpfen, scheinen selber recht empfindlich zu sein, wenn ihnen einmal ein derbes Wort gesagt wird. Mehrfach ist es neuerdings der Fall gewesen, daß die kleinen Krieger mit dem großen Mund, die nach der bedeutenden Lebensart ihres Heros Gott fürchten und sonst nichts auf der Welt, dadurch ihren Muth offenbart haben, daß sie in „Beleidigungsfällen“ ihren Gegner spornförmig beim Kadi verklagten. Eine derartige Sache kam auch gestern zum gerichtlichen Anstand.

In der „Staatsbürger-Zeitung“ waren die Namensänderungen jüdischer Personen wiederholt zum Gegenstande von Erörterungen gemacht worden, bei denen diejenigen, welche eine solche Namensänderung vornahmen, schlecht wegkamen. Gegen dieses Vorgehen richtete sich ein heftiger Artikel der „Allgem. Israelitischen Wochenschrift“. Unter grundsätzlicher Stellungnahme gegen solche Namensänderungen wird darin gegen die Motive zu Felde gezogen, welche „einige unanständige Berliner Blätter“ diesen Namensänderungen zu Grunde legen; es wird von den „Staatsbürger-Zeitungs“-Männern gesprochen, die mit der Auffindung solcher Motive nur das thun, was ihrer unfaulderen Gemüthung entspricht; ferner von Verworfenen, die sich ihrer Nichtwürdigkeit zu schämen vergessen haben. Auf Grund dieses Artikels hatte der verantwortliche Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Joh. Wilberg, gegen den Redakteur der „Allg. Israel. Wochenschr.“, M. A. Klausner, die Privatklage wegen Beleidigung angestrengt, die gestern das hiesige Schöffengericht beschäftigte. Der Angeklagte, der die Aktiv-Legitimation des Privatklägers bestritt, suchte durch Vorlegung einer ganzen Anzahl gegen das Judenthum gerichteter Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ nachzuweisen, daß die in dem Artikel der „Isr. Wochenschr.“ enthaltene Abwehr berechtigt sei und das erlaubte Maß nicht überschreite. Der Gerichtshof, der den Kläger für aktiv legitimiert erachtete, war anderer Ansicht. Er stellte das Vorliegen formeller Beleidigungen fest, hielt es aber für menschlich begreiflich, daß der Angeklagte durch die in der „Staatsbürger-Zeitung“ häufig gegen das Judenthum gerichteten Vorwürfe sich persönlich in seinen heiligsten Gefühlen als Mensch und Staatsbürger getroffen fühlen konnte. Das Urtheil lautete auf 50 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis, auch wurde dem Privatkläger die Befugnis zur Veröffentlichung des Urtheils auf Kosten des Angeklagten zugesprochen.



**Unsere Warenhäuser sind nur an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten von 12 bis 8 Uhr geöffnet, am nächsten Sonntag den 4. Dezember bleibt geschlossen.**

# Warenhaus A. Wertheim.

## Herren - Garderoben

Winterpaletots, Elegante Anzüge  
in schwarz und den neuesten Modefarben,  
Hohenzollern-Mäntel, Joppen, Schlafröcke  
Berkleidung für alle Gewerke

kauft man am reichsten und billigsten zu festen Preisen nur bei  
**Julius Lindenbaum,**  
Große Frankfurterstraße 139,  
zweites Haus an der Fruchtsstraße.

Spezialität:  
Anfertigung nach Maß. Zuschneider im Hause.  
Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf  
meines Geschäfts.



**Kugel-Gelenk-Puppenfabrik**  
**P. R. Zierow,**  
Berlin N., Schönhauser Allee 179.  
Telephon: Amt III 1400.  
Reparaturen und alle Ersatztheile,  
Lager von Köpfen, Bälgen, gekleideten Puppen.  
Eigene Fabrikation.

Bitte unsere Schaufenster zu beachten!

## Arthur Behrendt

Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderoben  
Schuhwaren u. Tricotagen. Hüte u. Wäsche.  
**62. Reichenbergerstr. 62.**  
Ecke Grünauerstraße.

Nur eigene Fabrikation

Winter-Paletots	à 24, - 22, - 18, - 15, -	und	9, - Mt.
Herren-Anzüge	à 24, - 21, - 18, - 15, -	und	10, - "
Hohenzollern-Mäntel	à 30, - 24, -	und	18, - "
Winter-Joppen	à 12, - 9, - 7,50	und	4,50 "
Winter-Hosen	à 9, - 8, - 6, - 4, -	und	2, - "
Knaben-Anzüge	à 10, - 8, - 6, - 4, -	und	2, - "
Knaben-Mäntel	à 6, - 4, - 3, -	und	2,50 "

Anfertigung nach Maass  
in kürzester Zeit.

Schuhwaren. - Hüte. - Mützen.  
Wäsche, Tricotagen u. Cravatten  
in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

Bitte unsere Schaufenster zu beachten!

**Achtung! Ausverkauf!**  
Wegen Aufgabe des Geschäfts  
Hüte, Mützen, Schirme  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Emil Stabrie, N., Vinetaplatz 9,  
amisch, Nippiner u. Zwirnmaschinenfabrik.  
50 Mt. um Ladenpreis kauft  
man Hüte, Goldschmuck,  
Brillanten etc. im Verh.  
aus **H. Graff,** Zeugstr. 5, I. [2862]

Betten, Steppdeck., Gard., Portièren,  
Stares, Wäsche, Waffeldecken.  
Winterpaletots, Anzüge, Hosen,  
Regulatoren, Heizkörper,  
Montouruhren, Operngläser verk. (postf.).  
Pfandleiche Reanderstraße 6.

Cigarren u. Cigaretten u.  
Tabake, in bester  
Qualität und jeder  
Preislage, empf. Freunden u. Genossen  
Abalberstr. 24  
**Martin Weidner,**  
(Eing. Engelstr.)

**Achtung! Weihnachts-Ausstellung**  
An der Stadtbahn 43-44, zwischen Bahnhof „Börse“  
und Alexanderplatz. An der Stadtbahn 43-44.  
Eröffnung: Ende dieser Woche.  
Täglich: Grosse Konzerte,  
Weihnachtsmänner, Chinesen, Türken und andere Kapellen.  
Großartige Schaufstellungen.  
Stauendwerthe Abnormitäten, Explorationen der größten Erfindungen der Menschheit.  
Verkaufsstände aller Branchen.  
Volks- und Kinderbelustigungen jeder Art.

**Grosse Weihnachts-Ausstellung**  
Alexandrinenhof Alexandrinenstr. 93,  
an der Oranienstrasse.  
Grossartige Weihnachts-Ausstellungen, Schau-  
stellungen, Volks- u. Kinderbelustigungen aller Art.  
Täglich: Grosses Konzert. 133L.

Bekannt durch die enorme Billigkeit der festen Preise und Garantie f. Haltbarkeit.  
Beliebt durch bequeme Passform, kolossale Auswahl und die-Tagons.  
Berühmt durch noch nie dagewesene Eleganz billiger und doch guter Schuhwaren.



**Deutsch-Amerikanische Schuhfabrik.**  
(G. m. b. H.)  
Berlin, Stettin, Hamburg, Magdeburg, Spandau, Halle a. S., Mülheim a. Rhein, Mülhausen i. E.

Berlin:  
Gr. Frankfurterstr. 103 am Straucherplatz.  
Oranienstr. 162 am Oranienplatz.  
Rosenthalerstr. 42 am Gadeschen Markt.  
Friedrichstr. 131 vis-à-vis Oranienburgerstraße.  
Blücherstr. 13 vis-à-vis der Kirche.  
Spittelmarkt 12.  
Müllerstr. 3 vis-à-vis Casanplatz.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
Die für die Wahlperiode 1898/99 gewählten Delegirten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, werden hierdurch zu einer **ordentlichen General-Versammlung** am Sonntag, den 11. Dezember er. vormittags 10 und 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Arminkassalen, Kommandantenstr. 20, ergebenst eingeladen.  
Um 10 Uhr: **Versammlung der Arbeitgeber.**  
Tages-Ordnung:  
Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern, 2 auf 2 Jahre und 2 auf 1 Jahr, aus der Zahl der Arbeitgeber. (Es scheidet aus die Herren Schulz, Zörael, Göge und Klittenstein.) 288/19  
Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr: **Versammlung sämtl. Delegirten** (Arbeitgeber und Arbeitnehmer).  
Tagesordnung:  
1. Abhaltung des Beschlusses über die Anstellung der Frau Schulz als Krankenkassendirektorin. 2. Wahl eines Ausschusses von 5 Mitgliedern zur Vorbereitung der Jahresrechnung pro 1898. 3. Mittheilungen des Vorstandes.  
Schluss der allg. Generalversammlung. Es findet nun die Wahl von 4 Arbeitnehmern zum Vorstande auf 2 Jahre statt. Es scheidet aus die Herren Schiller, Tschernig, Kugel u. Köhler. Berlin, 20. November 1898.  
Der Vorstand  
P. Löße, Vorsitzender.

**Kiautschau**  
nicht 2350\*  
eingetroffen,  
sondern  
Gr. Frankfurterstr. 130  
immer zu haben:  
Die besten  
Plüschhüte v. 4,50 M. an.  
Die besten  
Regenschirme v. 1,25 M. an.  
Krawatten, Handtücher.  
Die schönsten modernen  
Pelz-Baretts u. Colliers.  
Kinder-Garnituren,  
Nerz-Muffen  
fabrikhaft billig.  
**G. Gottmann.**

Wo? machen wir unsere Herrenpartie hin?  
Zum alten 61900\*  
**Freund auf Pichelswerder.**

**J. Brünn,**  
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4  
**Weihnachts-Ausverkauf**  
ist eröffnet! Es gelangen große Lagerbestände meiner  
**Teppiche**  
Gardinen! Portièren!  
Steppdecken! Tischdecken!  
zu sehr billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!!**

**Brillanten,**  
fertig gefasst in Armbändern, Broches, Boutons,  
Knöpfen und Nadeln,  
das Schönste für den Weihnachtstisch  
zu billigsten Preisen empfiehlt  
die  
Juwelenfasserer **Max Busse,** Brunnenstr. 175.

**Möbel,** baar u. Teilzahlung,  
billigst Frankfurter Allee 110 I,  
Ecke Königbergerstr.

**Nonnenberg's Restaur.,**  
Trentow, Parkstrasse.  
Großer Saal. - Großer Garten.  
Jeden Sonntag: Ball. (62779)  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Bei der Firma  
**Fork, Kretschmar & Co.**  
Baranistr. 13,  
(Magazin Jannowich - Brücke), haben  
sämmliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
Zuzug fernhalten!  
108 Die Ordnerverwaltung.  
25225 Hornpresser  
verlangt Greifswalderstr. 160.

**Restauration**  
mit Zofistellen und Vereinen, wegen  
anderen Unternehmens an einen  
Parteienossen billig zu verkaufen.  
Offerten unter W. 7, an die Exped.  
des „Vorwärts“. 25186

Empfehle meine drei Restaurants:  
**Rübezahl,** am Müggelsee,  
**Teufelssee,** Müggelsee,  
**Marienthal,** a. d. Dahme,  
zwischen Grünau und Friedrichshagen,  
bei Zuhpartien über die Müggel-  
berge. 619\*

**Fachmann**  
(Oberarbeiter oder Werkmeister)  
für Fabrikat. v. Tischfäden (Lafond)  
geh. Adr. sud **J. H. 7547** bei  
**Rudolf Mosse,** Berlin SW. (30/20)  
Beruflicher auf Verleihen werden ver-  
langt Priemwalderstr. 20. 25256

**Silberpollerin**  
auf Lohn verlangt Rodgan, Markus-  
straße 50. 25176

**Steppdecken**  
direkt von dem Anfertiger, feinste  
Handarbeit, weisse Zuthaten, bill.  
Preise. **G. Schmerzler,**  
Blumenstr. 13, I.

**Hausfrauen!**  
kauft Guet Brot, das größte,  
Gr. Frankfurterstr. 87, II. Hof v.  
Straucherplatz 5, Grüner Weg  
Nr. 20, Prinzenstr. 61. 20945  
Berl. Dampfbröt-Fabrik  
Paul Neubauer jr.

**C. Streichhan,**  
Besitzer des Kaiserhofes Köpenick.  
Empfehle mein Weib u. Bayrisch-  
Bier-Saal. Große Bierinzimmer  
sind zu vergeben. 6228L  
**Otto Franke,** Pankowstr. 9.

Einem Theil der heutigen  
Anfrage liegt ein Prospekt der  
Firma **A. Matthieson,**  
Wilmersdorferstraße 41 und Thurm-  
straße 47 a. bei.

Theater.

Im Belle-Alliance-Theater hat der verballhornte „Napoleon“ von Gräbe sich nahezu zwei Monate lang gehalten. Am Donnerstag führte uns das Belle-Alliance-Theater einen neuen Mann vor, einen Lehrer aus Oldenburg mit Namen Georg Kufeler. Herr Kufeler nennt seine „Stedinger“ ein historisches Volksschauspiel. Unleugbar steht in Kufeler Theaterblut. Seine Szenen setzen bewegt ein, er leidet die starken Wirkungen, auf die ein wenig kritisches Publikum leicht reagiert. Dazu ein partiell behandelte, idealisierter Stoff, die verzweifelte Erhebung der prächtigen niederländischen Freisassen, der Bauern vom Stedinger Land gegen die Ärtze und Rom; der Erfolg konnte nicht ausbleiben.

Um die Reife steht es freilich schämen genug. Wenn man ein Drama Volksschauspiel nennt, so glaubt man die allerältesten Klaffenkonstanten öffnen zu dürfen und es prasselt nur so nieder von Romantik und Ungeheuer. So handhabt der Autor denn auch die alten blauen Typen, nur das Haupt der Stedinger, der liebevoll behandelte Wollo, weist individuelle Züge auf. An ihm erfreut etwas, wie deutsche Wärme, wie Humor.

Die theatralisch-romantischen Mittelstücken, zu denen eine düstere geschichtliche Episode niedergezungen wird, sind bald erzählt. Der Wollo hat im flammenden Jugendfeuer einst den Sohn der Meise, der „Hege von Warlet“ erschlagen, weil er ihn für einen Judas im Dienst des Zwingers, des Erzbischofs von Bremen hielt. Seither brüht die alte Meise Rache. Ein zweites Mal hat der Wollo sich verheiratet und dem Burdard sein Schächchen weggeheiratet. Der Burdard geht zu den schwarzen Dominikanern und wüthet unter den Negern, den Aboriginen. Als Burdard, der Glaubensstärker heimkehrt, nützt ihn die „Hege“ Meise wider

den Wollo und sein Geschlecht. Sie reizt seine alte Liebe, seine alte Eifersucht; und als zwei flüchtige Aboriginen aus der Provence vom Stedinger Thing auf der Malstatt wider den schwarzen Dominikaner in Gassian genommen werden, ist der Anstoß zum Vernichtungskampf wider die Freibauern an der unteren Weiser gegeben. Sie unterliegen, da ein Kreuzzug des Papstes Gregor wider sie unternommen wird. — Ohne die bösen Romangestalten der Meise und des Pfaffen hätte aus diesem Stoff ein Werk edlerer Gattung geschaffen werden können.

Gespielt wurde nicht übel. Auch nach strengerem Maß gemessen, konnten insbesondere Herr S'Allemant (Wollo) und Herr Pauly (der schwarze Pfaff) bestehen. —

Vermischtes vom Tage.

— Auf die im Frühjahr von Vösendorfer in Wien ausgeschriebene internationale Konkurrenz sind 72 Klavierkonzerte eingeschickt worden. Als preiswürdig wurden von der Jury drei Arbeiten von E. Behm, E. v. Dohnanyi und J. Brandt-Buys bezeichnet. Dieselben werden im Dezember vor dem Wiener Publikum zur Aufführung gebracht, und dieses hat durch Stimmgabe zu entscheiden, welchem Werke der erste, resp. zweite oder dritte Preis zuzukommen soll.

— Starke Schneefälle werden aus dem Schwarzwald und dem ganzen Salzammergut gemeldet.

— Ein seit längerer Zeit geisteskranker Gutsbesitzer in Reichenweier (Elsass) hat seine beiden Töchter im Alter von 19 und 15 Jahren mit der Axt erschlagen und sich dann selbst erhängt.

— In der Station Prestrane! (Krain) entgleiste ein Waggon eines Güterzuges, der mit Weintrauben geladen war. Ein Fahrgast erhielt dabei ein Lez, und der Alkohol rann durch die Fugen aus

dem Waggon. In kurzer Zeit hatten sich aus dem nahen Dorf 150 Personen, Männer und Frauen, mit allerlei Gefäßen eingefunden, die den Wein auffingen. Die Besennten vermochten sie nicht daran zu hindern. Sämtliche Bewohner von Prestrane! waren am anderen Morgen total betrunken, vier Personen waren infolge des übermäßigen Gemisses gestorben, mehrere andere schweben in Lebensgefahr.

— Ein Theil des Asyls San Bernardino stürzte ein. Vier Personen wurden unter den Trümmern begraben.

— Bei dem Brande einer Buchdruckerei in Braine-le-Comte (Hennegau) wurden 30 Arbeiterinnen verletzt.

— Einundvierzig Kongresse sind zur Pariser Weltausstellung 1900 bereits angemeldet.

— Englische Aristokraten wurden jüngst von einer Reue gefragt, wie sie sich die „ideale Frau“ vorstellen. Ein Graf antwortete: „Die Mission der wahrhaft idealen Frau besteht darin, ihrem Gatten Langeweile undummer zu verschaffen.“ Ein Lord: „Die ideale Frau soll eine sorgsame Hausfrau und perfekte Köchin sein.“

— Johannesburg in Afrika war vor 12 Jahren noch eine wüste Fläche. Heute ist die Stadt der Mittelpunkt des größten bekannten Goldfeldes mit einer Bevölkerung von mehr als 100 000 Menschen. Von Europäern wohnen dort etwa 50 000, Malaien 900, andere Asiaten 5000, Neger 42 000. Die eigentliche Stadt erstreckt sich über fünf englische Quadratmeilen, die Länge ihrer Straßen beträgt an 130 englische Meilen und 58 davon sind macadamisiert. 1887 wurden am Witwatersrand im ganzen 23 000 Unzen Gold gewonnen, Ende 1897 über drei Millionen, in den elf Jahren nach der Entdeckung der Goldfelder über 14 Millionen, zusammen im Werthe von über 950 Millionen Mark. In derselben Zeit wurden noch an anderen Orten im Transvaal 80 Millionen Gold gewonnen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 3. Dezember. Opernhaus. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr. Berliner. Raza. Anfang 7 1/2 Uhr. Kelling. Der Star. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Wamselle Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Dolmetsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Die Adeln. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Apotheker-Schüler. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Das vierte Gebot. Anfang 8 Uhr. Metropol. Die Blumen-Mary. Hierzu: Die Sünden der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr. Kuffen. Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr. Osend. Onkel Jonas. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Scheinmisse von London. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Auch ein Fall Oranienhof. Anfang 8 Uhr. Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr. Urania. Tanzenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vor mittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechslungsreiche „Die Urzeit des Menschen“ und „Der durch Oesterreich“. Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Metropol-Theater. Schrenkerstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Sonnabend: Zum 18. Male: Die Blumen-Mary Operette in 3 Akten von C. Weinberger. Hierzu: Die Sünden der Frauen. Großes Ballet-Divertissement arrangiert vom Balletmstr. Gumbach. Kuffen-Theater 34. Reichenbergerstrasse 34. Nachmittags 3 Uhr: O. Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen: Die Räuber. Abends 8 Uhr: Die Schuld der Schuldlosen.

Donnerstag, den 15. Dezember: Mit hoher Genehmigung Sr. Exzellenz des General-Intendanten der Königl. Schauspiele Herrn Grafen von Hochberg unter gefälliger Mitwirkung des kgl. Schauspielers Herrn Adalbert Matkowsky zum Besten der Weihnachtsgesellschaft der Armen des Konfessionsständischen Bezirkes. Zum 1. Male: Acan oder Genie u. Leidenschaft. Komödie in 5 Akten frei nach dem Französischen des Alex. Dumas (Vater) von Ludwig Barnay.

Thalia-Theater. Dreddenstr. 72/73. Der Hypothekenschaffer. Pöffe mit Gesang in drei Akten von Leopold Sib. Musik von Cornelius Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia-Theater. Karlstr. (Circus Renz) Karlstr. Täglich 8 Uhr abends: Mene Tekel. Berliner Aufführungsgesellschaft. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus Renz-Riesen-Tunnel. Direction: J. M. Hatt. Täglich: Grosses Konzert der Musikkapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und Extra Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck. Das neue großartige November-Programm. Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 8 Uhr. Entrée Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

W. Noack's Theater. Brannenstr. 16. Heute Sonnabend, den 3. Dezember: Grosse Extra-Vorstellung. Das Glöckchen von Birkenstein. Solistisches mit Gesang in 4 Akten von Gwers. Nach der Vorstellung: Tanztruppen.

Apollo-Theater. Mlle. Rosalia Lambrecht kurzes Gastspiel und 14 Debuts. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania. Tanzenstrasse 48/49. Abwechslungsreiche Die Urzeit des Menschen und Quer durch Oesterreich. Im Hörsaal: Experim. u. Projekt.-Vorträge Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte.

Kunst-Schaubühne i. d. Urania, Invalidenstr. 57. Sonntag, 4. Dezember, 5 Uhr: Architektur in Berlin.

Passage-Panopticum. Von 8 Uhr ab: Théâtre varié. Neu! Lebend! Keine Illusion! Das Flammen-Weib vom Stamme der Wambutti. Heute 25 Pf. Entrée. Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panopticum. Die SIOUX-INDIANER sind da!

Feen-Palast-Theater. Burgstr. 22. Neues Dezember-Programm. Ueberis, Akrobatentruppe, Hugo Schulz, Komiker, Wisnocks, Jürgens-Theater, Gebrüder Taylors, Gyretrich. Der erfolgreiche Mimiker Carl Jürgens. Sensationell! Fürst Bismarck vom Jüngling bis zum Alten in Friedrichsruh. Neu! Das Neu! Blumenmädchen vom Gade'schen Markt Solistisches mit Gesang v. Gfner. Glöckchen Reife: Wilh. Fröbel, Carl Werner: Rich. Winkler. Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr. Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater. Dresdenerstr. 52/53. City-Passage. Direction: Richard Winkler. Neu! Neu! Neu! Kanonenfutter. Schwant in 3 Akten v. Jul. Rosen. In Szene gesetzt von Otto Wendt. Dazu: Das gesamte neu engagierte Spezialitäten-Perfonal in ihren Glanznummern. Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr. Entrée: Wochentags 40 Pf. Sonntags 40 Pf. Vorzugsbillets haben Vorrang.

Volks-Theater im Welt-Restaurant. Dresdenstr. 97. Dir.: A. Kollg. Art. Keller: A. Runge. Täglich: Gr. Theater u. Spezialitäten. Konf. u. Vorkellung. Konf. u. Die Bräutigamsprobe. Dirig. Schwant v. S. Carl's-Buchow. In Szene gesetzt von August Runge. Neu! Der Vampyr. Neu! Neu! Otto Richter. Neu! der dicke Hebling der Berliner.

Reichshallen. Stettiner Sänger. (Musik. Pietro, Britton, Sieidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.) Zum Schluss, neu: Pepita vor Gericht. Neues Ensemble von Maysel. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorher: 40 Pf. Rum. Balken 75 Pf. Balkenloge 1 M. Orchesterloge 1.50 M. Fremdenloge 2 M. Tageskasse 11-1 Uhr.

Reichshallen-Restaurant. Täglich Konzert. Entrée frei.

Mähr's Theater. Oranienstr. 21. Täglich Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Amor! Burleske mit Gesang und Tanz. Brothers Alexander. Gilda Lucas. Grete Gollant etc. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Band haben Wochentags Militärfrei.

Circus Busch. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Parade-Gala-Vorstellung PERSIEN.

Dr. Menge-Schauspiel in 5 Akten, inszeniert vom Dir. Paul Busch. Besonders hervorzuheben: Der Sprung des Prinzen Mirza Schafy aus der Höhe der Circuskuppel ins Wasser. Außerdem: Auftritte des Salva & Manza, Hand-Guillotinen und akrobatische Spiele. Auftritte des Hrn. Franz Gohardt, Ritter etc., bisheriger Chef der f. l. spanischen Hof-Kapelle in Wien auf dem oberh. Genie „Garcia“. Die neuen Freiheitskämpfer des Dir. Busch. In der Tanztruppe, große Quadrille, geritten von 8 Damen und 8 Herren. Auftr. des Hrn. Alfred Daniel als Professor der Magie. Morgen Sonntag: 2 grosse brillante Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr: (1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen halbe Preise.) Abends 7 1/2 Uhr: Persien. Christbaum-Konfekt, reizende Neudeiten, nur gute Ware. 1 Kiste, Inhalt ca. 420 Stk., 2.50 M. 1 Kiste, Inhalt ca. 270 große Stk., 3 M. Siegfried Groß, Berlin, Gollnowstr. 10 A. 106/4

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Weddingpark, Müllerstr. 178: Versammlung für den Wedding. Tages-Ordnung: Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Metallarbeiter-Verbande. Referent: G. Faber. 114/18. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Die Ortsverwaltung.

Berein der Bauanschläger Berlin und Umgegend. Sonntag, den 4. Dezember 1898, vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstrasse 33: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Verwaltungsausschusses. 3. Bericht der Siebener-Kommission. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Beiträge werden nur in der Zeit von 10-11 Uhr entgegengenommen. 34/9. Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Jahreshalle Berlin. Montag, den 5. Dezember 1898, abends 8 1/2 Uhr, in Fenerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Hygienische Winter“. 2. Die event. Verlegung unserer Versammlungstages. 3. Abrechnung vom Herbstvergütung und der Urania-Vorstellung. 4. Verbandangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Bevollmächtigte. Billets zum Sylvester-Vergnügen gelangen in obiger Versammlung zur Ausgabe. 29/5

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Montag, den 5. Dezember dieses Jahres, abends 8 1/2 Uhr, Oranienhallen, Oranienstr. 61: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Archenhold, Direktor von der Treptower Sternwarte, über: Die Harmonie der Sphären. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stützungsfest. 4. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Billets (à 75 Pf.) zu dem am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr stattfindenden Besuch der Treptower Sternwarte zur Ausgabe gelangen. — Die Billets zum Weihnacht-Vergnügen am 3. Feiertag sind auch dort zu haben. 143/12. Der Vorstand.

Riffenmacher! Montag, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Stehert, Andreasstrasse Nr. 21: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 95/6. Pflicht aller Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand. Franz Schulz, Griebenowstr. 5.

Achtung! Orts-Krankenkasse Achtung! der Maschinenbau-Arbeiter und Verwandten Gewerks zu Berlin. Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Volksgangstrassen-Ecke: Große allgemeine Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Friedberg. 2. Aufstellung der Vertreter für 1899. 3. Bericht der Acker-Kommission und Ergänzungswahl derselben. 4. Verschiedenes. 2497b. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Acker-Kommission. A. A.: Paul Bauer.

Concerthaus. Leipzigstr. No. 18. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Offenbach's Operette zum 33. Male. Insel Tulipatan. 2782.

Moabiter Gesellschaftshaus. Alt-Moabit 86-81. Empfehle meinen neuen Saal, 1500 Pers. fäh., zu Versammlungen u. Ball. Sonntag: Großer Ball. C. Peters.

# Schmiede!

Am Sonntag, den 4. Dezember 1898, nachmittags 5 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a:

## Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Koyke: Sozialreform oder Sozialrevolution.  
2. Diskussion.  
Nach der Versammlung findet gemütliches Beisammensein und Tanz statt. Die Kollegen und besonders deren Frauen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Herren, die am Tanze teilnehmen, zahlen 25 Pf.  
Der Vertrauensmann.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, 5. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr, Hermannstr. 197:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Antrag der Gewerkschaftskommission. Referent Kollege Leberhause.  
2. Diskussion. — 3. Verschiedenes und Ausgabe der Urania-Billets zum 26. Dezember (2. Weihnachtsfeier), 1 Uhr.  
Die Ausgabe der Billets erfolgt vor der Versammlung.  
Am 17. Dezember findet bei Kellner, Köpenickerstr. 29, eine außerordentliche Generalversammlung statt.  
Der Vorstand.

## Berein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen

Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 4. Dezember 1898, nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Restoran, Benthstraße Nr. 19/20:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn G. Kessler: Die wirtschaftliche Revolution durch die Dampfmaschine und ihre Folgen für den Arbeiter. 2. Verschiedenes.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der Vorstand.

## Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in  
Sitz- und Seidenhüten,  
Schirmen  
in den neuesten Façons und  
Farben, äußerst billige Preise.

## Richard Klose, Anflamerstr. 41,

zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.  
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

## Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit.

Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 6339  
Franz Tutzauer, Brunnstraße 152.

## Pelz-Waaren

nur eigenes Fabrikat,  
Hüte, Schirme  
Otto Gerholdt, Dresdenstr. 2,  
Ede-Stalitzerstr. 2.

## Hüte, Schirme

Empf. mein Lokal nebst Vereinszimmer allen Freunden u. Bekannten.  
Hugo Haufe, Gerichtstr. 79.

## Ausverkauf enorm billig.

**Jackets**  
5 Mk. 6 Mk. 8 Mk. 10 Mk.  
Stoff-Capes, bestickt,  
10 Wr., 12 Wr., 15 Wr.  
Krimmer-Kragen  
5 Wr., 8 Wr., 10 Wr.  
Seidenplüsch-Capes  
20 Wr., 25 Wr.  
Seidenplüsch-Jackets  
25 Wr., 30 Wr.  
Frauenmäntel mit Pelserie  
20 Wr., 25 Wr.  
Stoff-Räder  
12 Wr., 15 Wr., 20 Wr.  
Wattirte Räder  
Abend-Mäntel  
großes Lager in allen neuen Farben und Façons mit den neuesten Belegarten garniert  
10 Wr., 15 Wr., 20 Wr., 30 Wr.  
Fertige Kleider  
Blusenkleid,  
sehr beliebtes Weihnachts-geschenk, aus reinwollenen Winter-Cheviot in marine, braun, ruflich grün und schwarz  
13 Wr. 50 Pf.  
Fertiges Strassenkleid  
20 Wr., 25 Wr., 30 Wr.  
Fertiges Kleid für Ball und Kränzchen  
20 Wr., 25 Wr.  
Schwarze Kleider  
18 Wr., 20 Wr., 30 Wr.  
Seidene Kleider 40, 50 Mk.  
Einzeln Röcke  
in Wolle 6, 50 Wr., 8 Wr., 10 Wr.  
Blusen, neue Façons,  
5 Wr., 7 Wr., 9 Wr.  
Morgenröcke in allen Farben,  
8 Wr., 10 Wr., 12 Wr.  
Trauerkleider  
20 Wr., 25 Wr., 30 Wr.  
Siemann & Rosenberg  
Kommandantenstraße,  
Ede Lindenstraße.

Sonnabend, den 7. Januar 1899, ist der große Saal zu vergeben.

Schnegelsberg's Festsäle, Hasenhaide 21.

## Achtung! Musik. Achtung!

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins und Umgegend empfiehlt Musik zu allen Privat- und Vereinsfestlichkeiten vom Klavier bis zum größten Orchester. — Prompte Ausführung. — Befellungen werden täglich, mündlich von 10 1/2—1 Uhr, sowie schriftlich und per Telefon (Amt 3 Nr. 1296) Rosenthalerstr. 57 im Restaurant Schiller entgegengenommen.  
Der Vorstand.

## M. Schulmeister

Schneidermeister  
Berlin Dresdenstr. 4, Am Kottbusser Thor.

empfehlen zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Wtr. weiten Pelserie in schwarz, grau, blau u. modischen, von 25 an.

Winter-Paletots aus Götting, Floconné und Krimmer-Stoffen, schwarz, blau, braun und modisch, 1 u. 2 reih., mit Lama gefüttert, von 16-40

Winter-Joppen wasserdichte Stoffe in allen modernen Farben, von 5-15

Jaquet-Anzüge in gebiegten woll. Zwirn-Rossen, Covercoats zc., von 16-34

Kost-Anzüge in guten, wollenen, schwarzen Kammgarn- u. Satinstoffen, moderne Façons, von 25-38

Schrock-Anzüge von feinen Satin, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2 reih., von 30-45

Schlafrocke in großer Auswahl von 10 an

Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Chenet, von 5-10

Knaben-Paletots u. Anzüge, feibl. Façons in gr. Kadis, in Cheviot, Belour- u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1 u. 2 reih., von 5 an

Schul-Anzüge für sämtl. Gewerke zu den billigsten Preisen. Bestellungen nach Maß von englischen, französischen u. deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig angeführt.

Bitte genau auf Hausnummer 4 zu achten.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Façons, 1 Mark, Prima Qualität 1,50 und 2,-

Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.

Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

## Todes-Anzeige.

Am 1. d. M. verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein guter Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater

Wilhelm Schröter im 66. Lebensjahre. Diefes zeigt Schmerzgefühl um stille Teilnahme bittend an Johanna Schröter, geb. Handke, 25206

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr vom Trauerhause, Wienerstr. 21 aus, statt.

Der Vorstand.

## Verband aller im Handels- u. Transport-Gewerbe besch.

Hilfsarbeiter Berlins Bureau Kommandantenstr. 25, I. Am 1. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied

Wilh. Schröter

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr vom Trauerhause, Wienerstr. 21 aus, nach dem Gammals-Rirchhof in Rixdorf statt.

Der Vorstand.

## Ausserordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitnehmer der Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Zingischer

am Sonntag, den 11. Dezbr., vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Paster, Inselestraße 10,

wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:  
1. Abänderung des § 12 und VI Abänderung zum Statut: Zu durchschnittlicher Tageslohn. 2. Verschiedenes.  
Berlin, 2. Dezember 1898.  
Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse der Buchbinder zc.

Fortsetzung der ordentlichen General-Versammlung

am Montag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in Fenecke's Salon, Alte Jakobstr. 75. (26/4)

Tages-Ordnung:  
1. Erhöhung der Gehälter der Kassendamen. 2. Fortsetzung eines Kontraktentournee für die Angehörigen. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Bernh. Jost, Vorsitzender.  
Carl Duff, Schriftführer.

## Restaurant Linden-Garten.

Köpenicker-Grünauerstr. 7. Gr. Saal. Kaffeeküche. Frühstück, Mittag- und Abendessen. C. Seidel.

## Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Leberhose Herkules tragen. Allein-Verkauf für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen echtfarbig gebrannt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Kapputze, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Leder-Bügel-Taschen, ein hohes bequemes Gesicht, richtig weit gearbeitete Schenkelteile verleihen der Hose die größten Vorzüge. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reißen der angenähten Bandteile ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind fest angenietet, nicht angenäht, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von

Bei Entnahme von 4 Mk. 50

6 Stück 26 Wr.

Verkauft nach auswärts von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundesweite und der inneren Schnittlänge.

## Baer Sohn

Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 16.

## Jede Uhr

reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Gutgedens nur 1 Mark 50 Pf.

außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Grobes Voger neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Binoculen.

Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.

## Dr. med. Schaper,

prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8

Schöneberger Ufer 25.

## Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnabend 8-9. Friedrichstraße 114, I. (2530)

## Auer-Glühkörper

63702

kosten jetzt

Echte Auerbrenner

tragen die Umschrift:

GASGLÜHLICHT PATENT

Dr. AUER v. WELSBACH

oder: „Auerlicht“.

oder: „Auerlicht“.

Zu beziehen durch:

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

und alle besseren Installationsgeschäfte.

zündet \* feuer- und explosionsicher \* durch einfaches Oeffnen des Gashahns \* schont die Glühkörper \* funktionirt jahrelang \* Reparaturen, äusserst selten, kosten nur wenige Pfennige.

Preis inkl. Anbringung 3,50 Mark.

Gasselbstzünder „Fiat Lux“

lang \* Reparaturen, äusserst selten, kosten nur wenige Pfennige.

Praktische Weihnachtsgeschenke.

Melierte Roden- und Cheviotkleider ca. 6 Meter lang, das Kleid Wr. 3,25—9,75

Einfarbige u. schwarze Kleider ca. 6 Meter lang, das Kleid Wr. 3,60—10,—

Gemusterte u. karierte Kleider ca. 6 Meter lang, das Kleid Wr. 3,50—8,—

Lichtfarbige Gesellschaftskleider ca. 6 Meter lang, das Kleid Wr. 4,50—7,50

Halbwollene Hauskleider ca. 6 Meter lang, das Kleid Wr. 1,60—6,—

Baumwollene Hauskleider ca. 6—7 Meter lang, das Kleid Wr. 2,10—3,70

Bedruckte Waschkleider ca. 6—8 Meter lang, das Kleid Wr. 1,60—3,60

Bedruckte Morgenröcke ca. 6—7 Meter lang, das Kleid Wr. 2,15—4,20

## S. Weissenberg

Gr. Frankfurterstr. 125

gegenüber dem Bürger-Hospital.

Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe.

2730

## Haben Sie

Schon Ihren Bedarf in

Christbaumschmuck

für Weihnachten bedacht?

Wenn nicht, so veräumen Sie nicht, sich ein Rindchen mit 10 Karton fein sortirt, als Fische, Leucht-kugeln, Uebersponnones, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen, eine schöne Baumspitze u. s. w. für nur Mk. 5,50 bei franco Zusendung zu sichern.

Nach gibt es Sortimentsbüchsen zu Mk. 10,— bei franco Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Paket Damastschaum u. 12 Lichterhalter bei.

Lauscha in Thg. 81,5\*

Karl Köhler, Schö. W.

## Blousen

für Maler, Bildhauer, Optiker, Mechaniker u. ähnliche Berufe zum Schutz d. Kleidung u. 1,50, 1,75, 2,25 u.

Blousen-Fabrik Louis Rosenthal, Kurze-Strasse 4, 1 Treppe.

Wacht a. Mer.-Platz.

## Für 3 Mark

618 6,50 Prima Kammgarne, Winter-Paletotstoffe, Cheviots. 2062b

Große Nezie sportbillig.

Berlin C. Hoher Steinweg 4

Tuchlager. Carl Engel. (am Rathhaus). Sonntags bis 6 Uhr geöffnet.

## Pelzwaaren

und Herrenhüte eigener Fabrik in großer Auswahl.

Etad. 1872.

1. Geschäft: Brunnenstr. 180.

2. Geschäft: Dresdenstr. 134, am Kottbusser Thor. (2690)

## Blau Werkstätt-Anzüge

Qual. Anzug nur 2,50 ff. Koper " 4,50

Plüsch-Anzüge, 1. " 6,50

Werkstätt-Anzüge, 2. " 4,—

Mechaniker-Kittel enorm billig!

C. F. & Co., Spezialfabrikation, Köpnickstr. 11. Kein Laden.

## Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hirschke, gegründet 1872, Stalitzerstr. 13, Ede Admiralsstrasse, am Kottbusser Thor. \*